

Unterrichtung

durch die Delegation des Deutschen Bundestages in der Ostseeparlamentarierkonferenz

18. Jahrestagung der Ostseeparlamentarierkonferenz vom 30. August bis 1. September 2009 in Nyborg, Dänemark

Inhaltsverzeichnis

	Seite
I. Zusammenfassung	1
II. Konferenzverlauf	1
III. Erster Sitzungsabschnitt „Zusammenarbeit in der Ostseeregion“	3
III.1 Berichte der BSPC-Arbeitsgruppen ...	4
III.1.1 Bericht des Vorsitzenden der BSPC-Arbeitsgruppe „Energie und Klimawandel“	4
III.1.2 Bericht des Vorsitzenden der BSPC-Arbeitsgruppe „Arbeitsmarkt und soziale Wohlfahrt“	5
IV. Zweiter Sitzungsabschnitt „Maritime Sicherheit“	7
V. Dritter Sitzungsabschnitt „Neue Gefahren für die Sicherheit“	9
VI. Verabschiedete Resolution	15

I. Zusammenfassung

Die Jahrestagung der Ostseeparlamentarierkonferenz (*Baltic Sea Parliamentary Conference, BSPC*) fand vom 30. August bis 1. September 2009 in Nyborg, Dänemark, statt. Der Delegation des Deutschen Bundestages gehörten folgende Mitglieder an:

- Abgeordneter **Franz Thönnies** (SPD), Delegationsleiter
- Abgeordneter **Ingbert Liebing** (CDU/CSU), stellvertretender Delegationsleiter
- Abgeordneter **Ulrich Adam** (CDU/CSU)

– Abgeordneter **Kurt Bodewig** (SPD)

– Abgeordnete **Dr. Christel Happach-Kasan** (FDP)

An der 18. Konferenz nahmen Parlamentarierinnen und Parlamentarier der nationalen und regionalen Parlamente der elf Ostseeanrainerstaaten, des Ostseerates, der Baltischen Versammlung, des Europäischen Parlamentes sowie Vertreter der Europäischen Kommission, der Parlamentarischen Versammlung der OSZE, der Parlamentarischen Versammlung des Europarates und zahlreiche Beobachter von Nichtregierungsorganisationen, Universitäten und anderen Vereinigungen teil.

Das Generalthema der Konferenz lautete „Neue Herausforderungen für die Sicherheit“. In drei Sitzungsabschnitten wurden die Themen „Zusammenarbeit in der Ostseeregion“, „Maritime Sicherheit“ sowie „Neue Gefahren für die Sicherheit“ behandelt.

Zudem wurden die Abschlussberichte der Arbeitsgruppen „Energie und Klimawandel“ sowie „Arbeitsmarkt und soziale Wohlfahrt“ und der Bericht über die Arbeit der Helsinki-Kommission (HELCOM) vorgestellt. Der Ständige Ausschuss der Ostseeparlamentarierkonferenz bestätigte auf seiner Sitzung am 30. August 2009 die Abgeordnete **Christina Gestrin** (Finnland) in ihrem Amt als Vorsitzende bis zum Ende der 19. Ostseeparlamentarierkonferenz im August 2010. Die Delegierten verabschiedeten am letzten Konferenztage einstimmig die unter Punkt VI abgedruckte Resolution.

II. Konferenzverlauf

Die 18. Ostseeparlamentarierkonferenz wurde vom dänischen Parlamentspräsidenten **Thor Petersen** eröffnet. In seiner Ansprache würdigte er die enge Zusammenarbeit in der Ostseeregion. Als Begründer einer Initiative zur Zusammenarbeit der Ostseeanrainerstaaten hätten die damaligen Außenminister Dänemarks und Deutschlands die Grundlagen für die Arbeit des Ostseerates (*Council of the Baltic Sea States, CBSS*) gelegt, dem als parlamentarischen Gegenstück im Jahre 1991 die Ostseeparla-

mentarierkonferenz zur Seite gestellt worden sei. Die Kooperation sei seither auf Regierungsseite und auf parlamentarischer Ebene weiterentwickelt worden. Mit der EU-Politik der Nördlichen Dimension seien später auch die Länder Russland, Island und Norwegen in die Kooperation eingebunden worden. Thor Petersen begrüßte auch die Vertreter der Republik Belarus, die auf Einladung des dänischen Gastlandes erstmals an einer BSPC-Konferenz als Gäste teilnahmen.

Der Leiter der dänischen Delegation und Mitglied des Ständigen Ausschusses, Abgeordneter **Niels Sindal**, stellte fest, dass die in den letzten Jahrzehnten gebauten Brücken in der Ostseeregion auch als ein Symbol für die guten Verbindungen unter den Ostseeanrainerstaaten anzusehen seien. Auch die Wahl des diesjährigen Tagungsortes Nyborg, der an der Brücke über den Großen Belt liege, betone diese Symbolik. Die in der Ostseeregion zu lösenden Probleme könnten nicht von einem Land alleine, sondern nur gemeinsam bewältigt werden. Herausforderungen wie die starke Verschmutzung der Ostsee oder die Sicherheit der Schifffahrtswege verlangten gemeinsame Ansätze und gemeinsames Handeln. Gleiches gelte auch für das Problem des grenzüberschreitenden Menschen- und Drogenhandels. Die vorliegende Resolution zeige Lösungsansätze auf und spiegele den Willen aller wider, sich mit diesen Herausforderungen rasch und effizient auseinander zu setzen.

Die Vorsitzende des Ständigen Ausschusses der BSPC, Abgeordnete **Christina Gestrin** (Finland), betonte bei der Vorlage ihres Berichts über die Arbeit dieses Gremiums, dass es im Interesse aller Ostseeanrainerstaaten liegen müsse, eine ökologisch gesunde, lebensfähige und nachhaltige Umwelt für alle Menschen in der Ostseeregion zu erhalten und die soziale und wirtschaftliche Entwicklung der Region durch den Austausch von Erfahrungen und Ideen sicher zu stellen. Betrachte man die Ostseeregion im Vergleich zu anderen Regionen, so sei festzustellen, dass sie im Hinblick auf wirtschaftliche Entwicklung, soziales Wohlergehen und Umweltinitiativen sehr gut abschneide und dass das Potenzial für weitere Fortschritte sehr hoch sei. Dennoch sei nicht zu leugnen, dass auch die Ostseeregion von der derzeitigen Wirtschafts- und Finanzkrise betroffen sei. Die Parlamentarier und Parlamentarierinnen seien gefordert, der Öffentlichkeit die neuen Herausforderungen deutlich zu machen und eine Debatte über neue Initiativen zur Bewältigung der Krise einzuleiten. Christina Gestrin betonte, dass viele Initiativen und Aktionen mit Hilfe der Parlamentarierinnen und Parlamentarier der BSPC bereits verwirklicht und konkrete Ergebnisse erzielt worden seien. Die Einrichtung von Arbeitsgruppen in der BSPC zur Formulierung politischer Empfehlungen habe sich bewährt. Die BSPC setze sich dafür ein, das Netzwerk mit anderen Akteuren in der Ostseeregion weiter auszubauen. Dazu gehörten regelmäßige Kontakte zum Ostseerat sowie zur Helsinki-Kommission (HELCOM), zum *Baltic Sea Labour Network (BSLN)* und zur *Baltic Sea States Subregion Cooperation (BSSSC)*. In der diesjährigen Resolution werde darauf hingewiesen, dass die neue EU-Ostseestrategie mit der Politik der Nördlichen Dimension

koordiniert werden müsse, damit auch die nicht in der Europäischen Union (EU) vertretenen Staaten stärker in die gemeinsamen Anstrengungen mit einbezogen würden. Die neue Ostseestrategie der EU sei ein vielversprechendes Instrument für die Weiterentwicklung der Zusammenarbeit in der Region. Frau Gestrin schloss ihre Ausführungen mit dem dreifachen Appell, dass die derzeitige Wirtschaftskrise nicht als Vorwand benutzt werden dürfe, die Ressourcen für den Umweltschutz zu verringern, dass es von essenzieller Bedeutung für den Zustand der Ostsee sei, dass die Länder der Region ihren Versprechungen zur Umsetzung des HELCOM-Ostseeaktionsplans voll und ganz nachkämen und dass der Sicherheit der Bürger große Bedeutung zukomme müsse.

Die stellvertretende Außenministerin von Litauen und Vorsitzende des Ostseerates (CBSS), **Asta Skaisgirytė Liauskiene**, würdigte den regelmäßigen Dialog zwischen der BSPC und dem Ostseerat und griff die von Christina Gestrin bereits erwähnte Synchronisation der Prioritäten auf. Die Zusammenarbeit in der Ostseeregion werde durch die Einleitung der ersten regionalen EU-Strategie für den Ostseeraum starken Antrieb erhalten. Die Verabschiedung dieser Strategie während der schwedischen EU-Präsidentschaft öffne den Weg für die Identifizierung vordringlicher Probleme und deren Lösung im Wege konzentrierter Aktionen. Das gemeinsame Ziel von mehr Wohlstand, Wettbewerb und Nachhaltigkeit in der Region rücke damit seiner Verwirklichung näher. Die erfolgreiche Umsetzung der EU-Ostseestrategie könne dazu beitragen, die Ostseeregion zu einer Modellregion zu entwickeln, die für die gesamte EU und ihre Nachbarn neue Perspektiven eröffne. Hierzu beizutragen sei auch das Anliegen der litauischen Präsidentschaft im Ostseerat im Jahre 2009/2010.

Auf der Prioritätenliste der litauischen Präsidentschaft stünden drei große Themenkreise:

- Innovation als unerlässliche Voraussetzung für wissenschaftlichen und technischen Fortschritt. Dies könne durch die Einrichtung regionaler innovativer Netzwerke, durch Förderung einer verstärkten Ostseekooperation und Integration von Universitäten, Wissenschaftszentren und verbesserter Wissensmobilität erreicht werden. Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit, die ein großes Spektrum gesellschaftlicher Gruppen in einer breit gefächerten Zusammenarbeit zusammenführe, fördere gegenseitiges Verständnis und erleichtere Bewegungsfreiheit von Menschen über die Grenzen hinweg. Dies wäre unter anderem auch ein Beitrag zur Stärkung der regionalen Identität und Erhaltung des allgemeinen kulturellen Erbes.
- Umweltschutz als Voraussetzung für die soziale und wirtschaftliche Entwicklung in der Ostseeregion. Verstärkte Anstrengungen zur Gewährleistung von mehr Sicherheit in der Ostseeregion und zur Reinhaltung der Ostsee und der Binnengewässer der Region seien unabdingbar, wenn das wirtschaftliche Wohlergehen und die Lebensqualität verbessert beziehungsweise erhalten werden sollen. Bei der Umsetzung dieser Priorität müssten auch die Region Kaliningrad und die Re-

publik Belarus, die kürzlich neuer Beobachterstaat beim Ostseerat geworden sei, aktiv einbezogen werden.

- Ein dritter Themenbereich sei die nukleare Sicherheit. Die Arbeitsgruppe für nukleare und radiologische Sicherheit befasste sich mit allen in diesem Zusammenhang auftretenden Fragen und untersuche speziell ihre transnationale und regionale Dimension, angefangen von der Sicherheit von Atomkraftwerken, der Überwachung der Strahlenbelastung der Umwelt bis hin zu nuklearterroristischen Bedrohungen. Die vorhandenen Organisationen und Netzwerke in Zukunft so zu nutzen, dass Überschneidungen vermieden und das vorhandene Potential besser und effizienter genutzt werden könne, sei das Gebot der Stunde. Dabei rechneten der Ostseerat und die litauische Präsidentschaft auf die volle Unterstützung der Ostseeparlamentarierkonferenz.

Zum Thema zivile Sicherheit betonte die stellvertretende Außenministerin, dass diese seit langem zu den vorrangigen Themen des Ostseerates gehöre. Die vom Ostseerat eingesetzte Arbeitsgruppe zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität stütze sich in erster Linie auf ein Netzwerk der polizeilichen Zusammenarbeit. Weitere Einrichtungen wie die Sachverständigengruppe für Zollfragen, das Netzwerk der Generalstaatsanwaltschaften und die Arbeitsgruppe für Zusammenarbeit im Steuerbereich vervollständigten diese umfassende Zusammenarbeit im Bereich der Strafverfolgung. Ferner gebe es eine spezialisierte Arbeitsgruppe des Ostseerates zur Bekämpfung von Menschenhandel, die sich als bisher einziges zwischenstaatliches Gremium mit der Zusammenarbeit zum Schutze gefährdeter Kinder (*Children at risk*) befasse. Sie versuche, durch vorbeugende Maßnahmen und Aufklärung sexuelle Ausbeutung und Menschenhandel schon im Ansatz zu bekämpfen. Dass die BSPC sich auf ihrer diesjährigen Konferenz ebenfalls dieses Themas annehme, sehe sie als förderlich für die Problemlösung an.

III. Erster Sitzungsabschnitt „Zusammenarbeit in der Ostseeregion“

Im Namen des amtierenden Vorsitzenden der Helsinki-Kommission (HELCOM) sprach der Abgeordnete **Evgeny Nikora** (Russische Föderation) drei Themenbereiche an: Umsetzung des Ostseeaktionsplans von HELCOM, Vorbereitung des bevorstehenden HELCOM-Ministertreffens im Mai 2010 in Moskau und Maßnahmen zur Herstellung eines guten Umweltzustandes der Ostsee bis zum Jahre 2021. Er begrüßte die Unterstützung von Seiten der Ostseeparlamentarierkonferenz für die Umsetzung des HELCOM-Ostseeaktionsplans und berichtete über nationale Umsetzungsprogramme, die dem HELCOM-Ministertreffen im nächsten Jahr vorgelegt werden sollen. Schon jetzt zeige sich, welche enge Verbindung zwischen der Arbeit von HELCOM und den auf europäischer Ebene durchgeführten Initiativen bestehe. Im Mittelpunkt aller Überlegungen stehe die Erhaltung der Ostsee als bedeutendes Ökosystem. Eine von der schwedischen Regierung in Auftrag gegebene Studie lege dar, dass eine gute Wasserquali-

tät der Ostsee einen Gewinn von 5 Mrd. Euro pro Jahr erbringen würde. Diese Zahl verdeutliche, wie wichtig es sei, Maßnahmen zur Verbesserung der Wasserqualität der Ostsee zu ergreifen. Hierbei spiele insbesondere der im Jahr 2007 verabschiedete HELCOM-Ostseeaktionsplan eine wichtige Rolle. Er bestehe aus vier Säulen, die die wichtigsten Problembereiche in der Ostseeregion thematisierten: Eutrophierung, giftige und gefährliche Substanzen, zunehmender Seetransport und Verschlechterung der Biodiversität. Zur jeder Säule gehörten maßgeschneiderte Aktionen, deren Ziel die Verwirklichung einer gesunden Ostsee sei. Eine rasche Umsetzung des Ostseeaktionsplans durch alle Länder in Form von nationalen Umsetzungsprogrammen sei von wesentlicher Bedeutung und solle auch auf dem Ministertreffen in Moskau im Jahre 2010 Hauptgegenstand der Erörterungen sein. Die nationalen Umsetzungsprogramme seien wesentliche Voraussetzungen dafür, dass die Europäische Kommission die Ostsee als Pilotprojekt der EU-Rahmendirektive für eine Meeresstrategie betrachte. Abgeordneter Nikora äußerte die Hoffnung, dass die Verabschiedung der EU-Ostseestrategie zusätzliche starke Impulse für eine erfolgreiche Umsetzung des HELCOM-Ostseeaktionsplans geben werde.

In Vertretung der amtierenden schwedischen EU-Ratspräsidentschaft richtete der schwedische Botschafter in Dänemark, **Mikael Lesko**, das Wort an die Delegierten. In seinem Vortrag befasste er sich vor allem mit der EU-Ostseestrategie und der Politik der Nördlichen Dimension. Er gab einen Überblick über die Fortschritte bei der Erarbeitung der EU-Ostseestrategie, die im Verlauf der schwedischen EU-Präsidentschaft durch den Europäischen Rat verabschiedet werden soll. Schweden sei der Auffassung, dass die Verabschiedung dieser Strategie ein wesentlicher Beitrag zur Weiterentwicklung der EU-Politik insgesamt sei. Die Entscheidung für eine Ostseestrategie sei ein wichtiger Schritt in Richtung auf eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen den EU-Mitgliedstaaten. Die Europäische Kommission habe bereits zu einem frühen Zeitpunkt das große Potenzial erkannt, das in der Erarbeitung und Vertiefung einer EU-Zusammenarbeit in der Ostseeregion stecke. Die Ostsee sei durch die Erweiterung der EU vor fünf Jahren fast zu einem EU-Binnengewässer geworden, was auch die Verpflichtung seitens der Europäischen Union für einen sorgsam Umgang und den Schutz dieses anfälligen Gewässers beinhalte. Das starke Engagement in allen Ostseeanrainerstaaten, das stolze maritime Erbe und die Lebensqualität, die mit der Nähe zu der Ostsee verbunden seien, zu bewahren, sei ein wichtiger Ausgangspunkt. Das anhaltende Bemühen, alle Ostseeanrainer umfassend einzubeziehen, sei eine gute Ausgangslage, wie auch die Europäische Kommission hervorgehoben habe. Ein interessantes Merkmal der neuen Strategie bestehe darin, dass einzelne Mitgliedstaaten unterschiedliche Verantwortlichkeiten für die 15 verschiedenen Prioritätsbereiche übernommen hätten und somit zuständig für die Koordinierung verschiedener Flaggschiff-Projekte seien, einschließlich der Festlegung entsprechender Fristen. Die schwedische Präsidentschaft sei bestrebt, breite Zustimmung innerhalb der EU sowie in der gesamten Region für die Verabschiedung der Ost-

seestrategie zu gewinnen und damit die Grundlage für eine wirksame Umsetzung der Strategie zu schaffen.

Eine wichtige Rolle bei der Umsetzung der Strategie komme der Europäischen Kommission zu. Sie sei aufgefordert, zu überwachen, Fortschritte zu kontrollieren und Fristen für den Aktionsplan der Strategie vorzuschlagen. Eingehend auf die Nördliche Dimension betonte der Botschafter, dass diese Einrichtung ein fest etablierter Rahmen für die Zusammenarbeit in der Region geworden sei. Sie sei seit dem 1. Januar 2007 eine gemeinsame Politik für die EU, Island, Norwegen und die Russische Föderation und somit integraler Bestandteil der Überlegungen bei der Bewältigung von Problemen in der Region. Im Rahmen der Umweltpartnerschaft der Nördlichen Dimension (NDEP) seien wichtige Ergebnisse hinsichtlich der Reduzierung der Verschmutzung in der Ostsee erzielt worden. Trotz Erfolgen bei Investitionen mit grenzüberschreitenden Umweltauswirkungen seien die Herausforderungen im Umweltbereich weiterhin sehr groß. Die schwerwiegenden Umweltprobleme in Kaliningrad seien eine dieser Herausforderungen. Den EU-Mitgliedstaaten obliege es, nicht nur die nationalen Politiken weiter zu entwickeln, sondern auch die Zusammenarbeit innerhalb der Union auszubauen. Als amtierende EU-Präsidentschaft sei Schweden verpflichtet, beide Prozesse voranzutreiben. Schwedens Bestreben sei es, den Prozess, der zur Verabschiedung der Ostseestrategie führe, abzuschließen und die Partnerschaft in der Region auszubauen.

Als Berichterstatterin für die Wahrnehmung des Beobachterstatus der BSPC bei der Helsinki-Kommission (HELCOM) berichtete die Präsidentin des Landtags von Mecklenburg-Vorpommern, **Sylvia Bretschneider**, über die Arbeit der Helsinki-Kommission im Zeitraum 2008/2009. Sie leitete ihren Bericht damit ein, dass die Umweltsituation der Ostsee nach wie vor besorgniserregend sei und besonderer Aufmerksamkeit bedürfe. Diese Einschätzung spiegele sich auch regelmäßig in den politischen Schwerpunkten der Ostseeparlamentarierkonferenz wider, die einen ganzheitlichen und integrativen Ansatz verfolge, bei dem Umweltschutz, Meeres- und Küstenschutz, Klimaschutz, grenzübergreifende Raumplanung auf See sowie eine nachhaltige und sozial ausgewogene Energie-, Verkehrs- und Wirtschaftspolitik aufeinander angestimmt sein sollten. Im Mittelpunkt aller Aktivitäten von HELCOM stehe der HELCOM-Ostseeaktionsplan (BSAP), dessen Ziel das Erreichen eines guten ökologischen Zustands der Ostsee bis zum Jahr 2020/2021 sei. Die Berichterstatterin betonte, dass dieser Plan zudem einen positiven Beitrag zur Umsetzung der EU-Ostseestrategie leiste. Als wichtigste Themen bei den Beratungen der nationalen Delegationsleiter nannte Frau Bretschneider die Begrenzung landseitiger Emissionen aus der Land- und Forstwirtschaft, die Verringerung von schädlichen Auswirkungen der Fischerei, die Reduzierung von kommunalen und industriellen Schadstoffeinleitungen sowie die Finanzierung von Maßnahmen, die den ökologischen Zustand der Ostsee verbessern könnten. Bezüglich der Belastung der Ostsee mit Schadstoffen stellte sie fest, dass die Phosphateinträge zwar gesunken, aber immer noch viel zu hoch seien. Gleiches gelte auch für Stickstoff-

einträge. Maßnahmen zur Begrenzung der Schwefeloxide und Stickstoffoxide und der Emissionen aus dem Schiffsverkehr seien auch ein zentrales, jedoch nicht unumstrittenes Thema. So sei z. B. eine Senkung des Schwefelanteils im Treibstoff nicht unbedenklich, da eine Senkung wegen der damit verbundenen Kosten negative Konsequenzen, wie beispielsweise die Verlagerung von Wirtschaftsströmen auf den Landverkehr, haben könne. Lösungsansätze seien vor allem eine Überwachung der Emissionsmengen, Strafgeelder bei Verstößen und die Einführung eines „Emissionshandels“ für Stick- und Schwefeloxide. Es sei zudem notwendig, die Abwasserentsorgung von Schiffen verstärkt zu regeln und zu kontrollieren. Frau Bretschneider wies diesbezüglich auf einen Aktionsplan zur Abwasserentsorgung von Passagier- und Kreuzfahrtschiffen hin, der 2010 von den EU-Umweltministern verabschiedet werden soll. Sie empfahl abschließend, aufgrund der erfolgreichen Zusammenarbeit zwischen BSPC und HELCOM und der politischen Synergieeffekte auf internationaler, nationaler und regionaler Ebene, das Beobachtermandat der BSPC bei HELCOM weiter wahrzunehmen.

In der anschließenden Debatte erkundigte sich Abgeordnete **Sinikka Bohlin** (Schweden), wie weit die Reorganisation des Ostseerates vorangeschritten sei und welche Rolle hierbei zukünftig für Nichtregierungsorganisationen und die Bürgergesellschaft vorgesehen sei und wie diese beiden Elemente in die Arbeit des Ostseerates integriert werden könnten. An die amtierende schwedische Präsidentschaft richtete Frau Bohlin die Frage, wer bei der Vorbereitung und Entwicklung der EU-Ostseestrategie einbezogen worden sei. Die Abgeordnete **Berit Brørby** (Norwegen) stellte fest, dass das oberste Ziel der Ostseestrategie die Verbesserung der Lebensqualität der in der Region lebenden Menschen sein müsse. Sie kritisierte, dass nicht genügend Vertreter von Regierungen auf der diesjährigen BSPC-Konferenz anwesend seien und bemängelte auch das Nichterscheinen des schwedischen Außenministers als amtierendem EU-Ratsvorsitzenden. Sie monierte zudem, dass über die Umsetzung der in der Resolution der BSPC geforderten Maßnahmen nicht genügend berichtet werde. Sie bekräftigte erneut, dass die Stimme der BSPC von den Regierungen stärker gehört werden müsse und dass die Konferenz hierzu eine klare Erklärung abgeben solle.

III.1 Berichte der BSPC-Arbeitsgruppen

III.1.1 Bericht von Mart Jüssi, dem Vorsitzenden der BSPC-Arbeitsgruppe „Energie und Klimawandel“

Am Nachmittag des ersten Sitzungstages stellten die Berichterstatter der beiden Arbeitsgruppen der BSPC ihre Schlussfolgerungen aus einer zweijährigen Arbeitsgruppenarbeit vor. Abgeordneter **Mart Jüssi** (Estland), Vorsitzender der BSPC-Arbeitsgruppe „Energie und Klimawandel“, dankte den 18 Parlamentariern aus verschiedenen Ostseeanrainerstaaten, der Baltischen Versammlung, dem Europäischen Parlament und dem Nordischen Rat für die zweijährige intensive Befassung mit den Themen „Ener-

gie und Klimawandel“, die von großer Bedeutung für alle Länder der Ostseeregion seien. Es dürfe als sicher anzunehmen sein, dass sich das Klima der Erde in erster Linie aufgrund des Eingriffs des Menschen und nicht aufgrund natürlicher Einflüsse in der Atmosphäre verändert habe. Der verstärkte Energieverbrauch führe zu einer weltweiten Erwärmung. Umwelt und Natur seien keine Faktoren, die außerhalb des gesellschaftlichen Umfelds existierten, sondern seien vielmehr auf das engste mit gesellschaftlichen Prozessen verbunden. Schon jetzt beeinträchtigten die Veränderungen natürlicher Phänomene die soziale Ordnung und das gesellschaftliche Verhalten. Temperaturanstieg im Winter, verringertes Tageslicht und daraus folgende psychische Belastungen der Menschen auf der einen Seite, aber auch fehlende Nahrungsmittel und Trinkwasser, steigende Armut und Seuchengefahr auf der anderen Seite führten nicht nur zu Spannungen in der Gesellschaft, sondern auch zu Massenmigration. Der Klimawandel habe beträchtliche Auswirkungen auf Landwirtschaft, Fischerei, Tourismus und Produktivität. Eine der wichtigsten Schlussfolgerungen des Berichts sei, dass der Klimawandel bereits jetzt zusätzliche Kosten für die Beseitigung seiner Auswirkungen verursache und dass diese Kosten um ein Vielfaches stiegen, wenn Gegenmaßnahmen nicht unverzüglich erfolgten. Mart Jüssi betonte, dass es keine leichten Lösungen zur Bewältigung der Umweltprobleme gebe, aber die Ostseeregion gut gerüstet sei, um sich mit diesen Problemen auseinanderzusetzen. In den verschiedenen Ostseeanrainerstaaten gebe es unterschiedliche Erfahrungen, Ansichten und Erfordernisse bei der Auseinandersetzung mit den geschilderten Herausforderungen, und angesichts dieser Unterschiedlichkeit sei es als großer Erfolg der Arbeitsgruppe zu werten, dass sich alle Arbeitsgruppenmitglieder auf ein gemeinsames Papier geeinigt hätten. Er sei überzeugt, dass die in dem Papier enthaltenen Empfehlungen und Vorschläge einen wertvollen Beitrag zur Lösung der sich abzeichnenden Gefahren leisten könnten. Anschließend kommentierte Mart Jüssi die vier wichtigsten Empfehlungen: Erstens die Entwicklung einer kohärenten Energiestrategie für die Ostseeregion, bei der Offshore-Windparks in der Ostsee und Übertragungsleitungen zwischen den Ländern entwickelt und damit die Sicherheit der Energieversorgung und die Nutzung erneuerbarer Energien sowie eine verbesserte Verbindung zwischen den Ländern angestrebt würden; zweitens die Einleitung von Aktionsplänen für eine sichere Energieversorgung sowie die Verbesserung von Energieeffizienz und -einsparung, drittens die Nutzung der Wirtschaftskrise als Chance, bei der die Bekämpfung des vom Menschen hervorgerufenen Klimawandels durch den Ausbau erneuerbarer Energien und Energieeffizienzmaßnahmen in Verbindung mit einem flexibleren Energiemarkt zum Hauptbestandteil der Lösungsansätze bei der Bewältigung der Wirtschaftskrise werden könne. Die Einsicht, dass jede Krise neue Wege und neue Möglichkeiten eröffne, sei wichtig. Das Problem der Erderwärmung verlange neue Unternehmenspläne und neue Märkte, zum Beispiel neue Lösungen für umweltfreundlichen Transport, die Entwicklung von Biotreibstoffen für Transporte und Elektrizitätsherstellung, die verstärkte Nutzung von erneuerbaren Energiequellen,

die Steigerung der Energieeffizienz und schließlich vier- tens die Schaffung eines regionalen Bildungsansatzes, bei dem ein gemeinsames regionales Ausbildungsprogramm die Kapazitäten bei der Energieplanung stärken und den Austausch von Erfahrungen und bestmöglichen Praktiken auf lokaler und nationaler Ebene weiter entwickeln solle. Aufgabe der Parlamentarier sei es nun, das politische Bewusstsein in der Öffentlichkeit zu sensibilisieren, die Notwendigkeit eines unverzüglichen Handelns deutlich zu machen und die Umsetzung vorhandener Vorschläge voranzutreiben. Dazu gehöre auch die Vision, die Ostseeregion zu einer weltweit führenden Region in Bezug auf Energieeffizienz und erneuerbare Energien zu machen. Ihre weitere Aufgabe sei es, durch eine langfristige parlamentarische Zusammenarbeit und enge gegenseitige Kontakte die Koordinierung von unterschiedlichen Positionen zu erreichen und gemeinsame Strategien zu erarbeiten. Zudem müsse die Öffentlichkeit dafür sensibilisiert werden, dass nicht allein Politiker für die Lösung der tagtäglichen Probleme zuständig seien, sondern dass es auch die Aufgabe jedes einzelnen Bürgers sei, konkrete Schritte zur Bewältigung unserer gemeinsamen Probleme zu überlegen und in die Tat umzusetzen. Parlamente könnten Energieeinsparmaßnahmen verabschieden, aber man brauche die Menschen, die in ihrem Zuhause Isoliermaßnahmen durchführten. Man könne perfekte gesetzliche Rahmen für die Abfallpolitik entwickeln, wenn die Menschen jedoch ihren Müll nicht sortierten, seien alle verabschiedeten Maßnahmen umsonst. Daher sei ein wichtiger Teil des Mandats der Arbeitsgruppe die Sensibilisierung des politischen Bewusstseins für die Probleme der Ostseeanrainerstaaten. Die Regierungen der Region seien aufgefordert, schnellstmöglich nachhaltige Maßnahmen zu ergreifen und in einem Geiste der Nachbarschaft, des Engagements und der Großzügigkeit zusammen zu arbeiten.

III.1.2 Bericht von Franz Thönnies, MdB, Vorsitzender der BSPC-Arbeitsgruppe „Arbeitsmarkt und soziale Wohlfahrt“

Als Vorsitzender der Arbeitsgruppe „Arbeitsmarkt und soziale Wohlfahrt“ stellte **Franz Thönnies**, MdB, den Abschlussbericht seiner Arbeitsgruppe vor. Er wies einleitend darauf hin, dass die 16. Ostseeparlamentarierkonferenz im Jahre 2007 in Berlin in ihrer Schlussresolution die Parlamente und Regierungen in der Ostseeregion aufgefordert habe, die Hemmnisse für die Mobilität im Arbeitsmarkt in der Ostseeregion zu beseitigen und in jedem Land für angemessene Arbeitsbedingungen Sorge zu tragen. Am 8. Oktober 2007 habe der Ständige Ausschuss der Ostseeparlamentarierkonferenz auf seiner Sitzung in Gdynia (Polen) beschlossen, die Arbeitsgruppe „Arbeitsmarkt und soziale Wohlfahrt“ einzusetzen und die Arbeitsgruppe beauftragt, sich mit der Integration junger Menschen in den Arbeitsmarkt sowie mit der Entwicklung der Arbeitskraftmobilität in grenzüberschreitenden Arbeitsmärkten zu befassen und Vorschläge zu beiden Themenbereichen zu unterbreiten. Die Arbeitsgruppe habe sich in erster Linie mit den grenzüberschreitenden Arbeitsmärkten in der Ostseeregion sowie mit der Einrichtung von Informationszentren an stark frequentierten Grenzübergängen der

Region, die Pendler sowohl informieren als auch deren Mobilität verbessern sollen, befasst. Des Weiteren habe die Untersuchung der Jugendarbeitslosigkeit in der Ostseeregion und der Förderung Jugendlicher mit dem Ziel, Jugendliche in das Arbeitsleben und soziale Umfeld zu integrieren und ihnen zu ermöglichen, ihr Potenzial zu entfalten, im Mittelpunkt der Beratungen der Arbeitsgruppe gestanden. Mit ihrer Arbeit habe die Arbeitsgruppe das Ziel verfolgt, die Aufmerksamkeit der Staaten der Ostseeregion auf die Bedeutung des Arbeitsmarktes und der sozialen Wohlfahrt zu lenken und dafür zu sorgen, dass diese Themen fester Bestandteil des Regierungshandelns würden.

In ihrem Abschlussbericht unterbreite die Arbeitsgruppe konkrete politische Vorschläge und Empfehlungen sowohl zu grenzüberschreitenden Arbeitsmärkten und Pendlern als auch zur Verringerung der Jugendarbeitslosigkeit. In Bezug auf die grenzüberschreitenden Arbeitsmärkte empfehle die Arbeitsgruppe den Ausbau der Informationszentren, insbesondere bezüglich deren Qualifikation und Ausstattung. So sollten neue Informationszentren in der südlichen und südöstlichen Ostseeregion geschaffen und diese Zentren mit besonders in den Bereichen Steuer-, Arbeitsrecht und Sozialversicherungsfragen qualifizierten Beratern ausgestattet werden. Die Arbeitsgruppe rege zudem die Zusammenarbeit der einzelnen Zentren untereinander an sowie den Ausbau von Internetplattformen und grenznahen Infrastrukturen, um die Umsetzung der Dienstleistungs- und Entsenderichtlinie sowie der Richtlinie über die Anerkennung von Berufsqualifikationen innerhalb der Mitgliedstaaten der Europäischen Union sicher zu stellen. Besondere Aufmerksamkeit solle dabei auf Gleichberechtigung und Nichtdiskriminierung gerichtet sein. In Bezug auf die Maßnahmen zur Verringerung der Jugendarbeitslosigkeit stelle die Arbeitsgruppe fest, dass Bildung und eine aktive Arbeitsmarktpolitik wichtige Präventionsmaßnahmen zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit seien. Eine engere Kooperation zwischen Schulen, Arbeitsämtern und Vertretern des Arbeitsmarktes sei wünschenswert. Durch Praktika, Beratungszentren in Schulen, Austausch von Informationen und Erfahrungen und die gezielte Förderung von schwächeren Schülern solle es allen Schulabgängern ermöglicht werden, eine ihrem Potenzial entsprechende Arbeit zu finden. Besonderen Wert lege die Arbeitsgruppe auch hier auf die Chancengleichheit, insbesondere behinderter Schüler. Nur wenn alle jungen Menschen gute Zukunftsperspektiven erhielten, gelinge es der Ostseeregion, wirklich nachhaltig wettbewerbsfähig zu sein und ihrem Ziel, eine Modellregion in Europa und darüber hinaus zu werden, näher zu kommen. Die Arbeitsgruppe habe ferner festgestellt, dass sich die weltweite Finanzkrise nicht nur auf die allgemeine Arbeitslosenquote, sondern insbesondere auch auf die Jugendarbeitslosenquote negativ ausgewirkt habe. Sie rechne aus diesem Grund auch mit einem leichten Rückgang der Grenzpendlerentwicklungen. Um den negativen Konsequenzen der aktuellen Krise vorzubeugen, halte es die Arbeitsgruppe für wichtig, Hemmnisse für die Mobilität des Arbeitsmarktes zu beseitigen und in jedem Land für angemessene Arbeitsbedingungen zu sorgen.

In der Debatte zum ersten Sitzungsabschnitt bedauerte Botschafter **Mikael Leskow**, dass die EU-Ostseestrategie noch nicht verabschiedet worden sei. Bei der Erarbeitung der Politik der Nördlichen Dimension sei Russland ebenso wie Norwegen und Island sehr aktiv eingebunden worden. Es stelle sich die Frage, ob die Ostseeregion Teil der Politik der Nördlichen Dimension sei und wie eine Koordinierung der beiden Politiken aussehen könne. Hinsichtlich der Finanzierung der Politik der Nördlichen Dimension bedauerte er, dass bislang kein gemeinsamer Finanzierungsmechanismus gefunden worden sei. Zur Debatte stehe die Ansiedlung eines entsprechenden Institutes in St. Petersburg. Er unterstrich nachdrücklich, dass man auf eine Mitwirkung Russlands bei der EU-Strategie hoffe und wies darauf hin, dass die EU-Ostseestrategie weder Russland noch die anderen Länder der Nördlichen Dimension ausschließen wolle. Die schwedische Abgeordnete **Anita Brodén** stellte fest, dass es Aufgabe der Parlamentarier sei, mit Nachdruck die Notwendigkeit einer EU-Ostseestrategie gegenüber den Parlamenten und den Regierungen zu begründen. Es gehe nicht darum, getrennt zu marschieren, sondern konzentriert, koordiniert und in Zusammenarbeit größtmögliche Anstrengungen zu entfalten, um die EU-Ostseestrategie zu verabschieden und in die Praxis umzusetzen. Auch die Abgeordnete der russischen Staatsduma und Vizevorsitzende der BSPC, **Valentina Pivnenko**, betonte, dass die Arbeit der BSPC wichtiger als je zuvor sei, gerade angesichts der Wirtschafts- und Finanzkrise. Der russische Außenminister habe angekündigt, ein Treffen mit verschiedenen politischen Akteuren zu dem Thema „Ostseestrategie“ einzuberufen. Gemeinsam müsse man die langfristigen Prioritäten festlegen; die Ostsee sei und bleibe eine für Russland wichtige Region. Dies spiegele sich auch in der russischen Präsidentschaft in HELCOM wider. Sie forderte, das Thema „Energie“ noch intensiver zu behandeln und strenge Standards für den Bau und den Betrieb der Ostseepipeline festzulegen. Die Abgeordnete **Leena Harkimo** (Finnland) befürwortete Informationskampagnen zur Sensibilisierung der Öffentlichkeit hinsichtlich des Klimawandels. In den Schulen müsse mehr getan werden, um Jugendliche über ökologische Nachhaltigkeit und Energieeinsparmaßnahmen zu unterrichten. Energieerzeugung durch Abfallnutzung werde in vielen Ostseestaaten nicht genügend angewandt. In Finnland würden nur 7 Prozent der Energie auf diese Weise erzeugt; in Schweden dagegen schon 47 Prozent. Auch bei der Windenergie könne noch viel mehr getan werden. Das Mitglied des Europäischen Parlaments, **Paul Rübzig**, bezeichnete die von der BSPC ausgehenden Anregungen als wichtig für die Erarbeitung von Gesetzesinitiativen im Europäischen Parlament für die Ostseeregion. **Kurt Bodewig**, MdB, würdigte die Arbeit der Arbeitsgruppe „Energie und Klimawandel“ und forderte, deren Schlussfolgerungen und Empfehlungen an alle BSPC-Mitgliedsparlamente weiterzuleiten. Er forderte verstärkte Anstrengungen zur Energieeinsparung. Auch in den öffentlichen Haushalten müsse dies einen Niederschlag finden. Außerdem sei eine sachgerechte Mischung bei den alternativen Energiequellen notwendig ebenso wie Überlegungen, wie durch alternative Quellen gewonnene Energie in das Ener-

gienetz eingespeist werden könne. Vielleicht werde ein neues Energienetz in Europa und ein neues Speichersystem erforderlich sein, um alle gewonnene alternative Energie einspeisen zu können. Neue und moderne Leitungssysteme seien unbedingt erforderlich. Auch der norwegische Abgeordnete **Asmund Kristoffersen** lobte die ausgezeichneten und sehr konkreten Empfehlungen und Vorschläge der Arbeitsgruppe „Energie und Klimawandel“. Das Ziel der Reduzierung der Treibhausgase, um eine Temperaturverringerung von 2 Prozent zu erreichen, sei ein besonderes Anliegen. Es müsse ein klares Signal an die Regierungen des nächsten Energiegipfels in Kopenhagen ausgesandt werden. Die Landtagsabgeordnete **Anke Sporendonk** (Schleswig-Holstein) befasste sich in ihrem Diskussionsbeitrag mit dem Abschlussbericht der Arbeitsgruppe „Arbeit und soziale Wohlfahrt“. In Grenzregionen wie der ihrigen sei das Erlernen der Sprache des Nachbarlandes schon fast eine Selbstverständlichkeit. Grenzüberschreitende Arbeitsmärkte verlangten Mehrsprachigkeit. In Bezug auf die Jugendarbeitslosigkeit forderte sie bessere Ausbildungsmöglichkeiten und Berufschancen. Sie sprach sich dafür aus, sich von Seiten der BSPC stärker für Infrastrukturanlaufstellen einzusetzen, ähnlich wie das Grenzzenrum in Padborg, wo sich Arbeitnehmer über wichtige Fragen wie Steuerpflicht, Krankenversicherung, Rente und Tariffragen informieren könnten, wenn sie beabsichtigten, eine grenzüberschreitende Arbeit anzunehmen. Der Öresund sollte ein Vorbild sein, wie man einen grenzüberschreitenden Arbeitsmarkt auf die Beine stellt. Dänemark habe hierzu die notwendigen Mittel bereit und die richtigen Weichen gestellt. **Gabriele Dobusch**, Mitglied der Hamburger Bürgerschaft, bedauerte in Bezug auf das Thema Jugendarbeitslosigkeit, dass konkrete statistische Daten fehlten, auch im Hinblick auf Genderfragen. Dies bedürfe dringend einer Verbesserung. Der Abgeordnete **Bjørn Andresen** (Norwegen) kritisierte, dass allgemein übersehen werde, dass bei grenzüberschreitender Beschäftigung Arbeitnehmer auch Gefahr liefen, durch Sozialdumping bei Löhnen und Arbeitsbedingungen ausgenutzt zu werden, wie er in der Region Murmansk selbst habe feststellen können. Es sei eine Tragödie, dass in dieser Region die Jugendarbeitslosigkeit so extrem hoch sei. Der Abgeordnete **Rolf Reikvam** (Norwegen) sprach das Thema der Schulabbrecher an und bedauerte, dass durch hohe Jugendarbeitslosigkeit eine ganze Generation für den Arbeitsmarkt verloren ginge. In Schweden befürchte man, dass über 20 Prozent der Jugendlichen ohne Arbeitsstelle seien. Leider gebe es hierzu keine genauen Zahlen, weil statistische Erhebungen fehlten. Insoweit sei es gut, dass Eurostat mit seinen Angaben einen Teil dieser Lücke füllen könne. **Franz Thönnies**, MdB, stimmte dem zu und unterstrich, dass das Thema der Jugendarbeitslosigkeit ein sehr wichtiges Thema für jede Gesellschaft sei. Desweiteren sei zu beklagen, dass so viele Jugendliche – in Deutschland etwa 10 Prozent – die Schule ohne Abschluss verließen. Die Wirtschafts- und Finanzkrise habe zudem weitere negative Auswirkungen auf diese Entwicklung. Jeder vierte Jugendliche sei ohne Arbeitsstelle. Dies passe nicht zum Begriff Modellregion. Als Modellregion müsse man ein gutes Vorbild sein.

IV. Zweiter Sitzungsabschnitt „Maritime Sicherheit“

Der zweite Sitzungsabschnitt war dem Thema „Maritime Sicherheit“ gewidmet. Es sprachen als Gastredner: **Per Sønderstrup**, Leiter der dänischen Schifffahrtsbehörde; **Charlotte Wiin Havsten**, Abteilungsleiterin der dänischen Behörde für Maritime Sicherheit; **Tapio Gardemeister**, Abteilungsleiter der finnischen Schifffahrtsbehörde, sowie **Ulf Bustorff**, stellvertretender Leiter des Havariekommandos, Cuxhaven.

Per Sønderstrup befasste sich in seinem Vortrag mit der Sicherheit und Navigation in den dänischen Ostseegewässern. 35 000 Schiffe passierten jährlich den Sund; 25 000 den Großen Belt. Der Große Belt gelte allgemein als schwierig zu befahren. Aufgrund der starken Meeresströmung, der hohen Verkehrsfrequenz und der engen Passagen sei das Risiko von Kollisionen oder eines Auflaufens für tiefliegende Schiffe sehr hoch. Zur Gewährleistung der sicheren Navigation habe die dänische Schifffahrtsbehörde folgende vier Parameter festgelegt: Erstens Qualität – dazu gehörten gute Reiseplanung, Einsatz von Lotsen, sachkundige Schiffsbesatzung und verantwortungsbewusste Reeder. Zweitens Hilfe bei der Navigation – dies umfasse Leuchttürme, sichere Routen und gute Karten. Drittens maritime Überwachung – worunter die Hafenstadtkontrolle, die Inspektion des Flaggenstaates und Schiffsverkehrsdienste gehörten. Viertens maritime Standards – wozu technische Standards für Schiffe und Gerät, Fortbildung sowie einheitliche Betriebsregelungen und strikte Einhaltung der Vorschriften gehörten. In den dänischen Gewässern laufe der Schiffsverkehr zu 96 bis 98 Prozent über Lotsen. Dänische Schiffskontrollen, die Entwicklung neuer Verkehrsrouten und strikte Inspektionen in den Ostseehäfen seien unabdingbar ebenso wie die schrittweise Abschaffung von Schiffen mit einwandigen Schiffsböden. Aufgrund der strikten Anwendung dieser Regelungen in den dänischen Gewässern sei die Zahl der Schiffsunglücke rückläufig, trotz einer wachsenden Zahl von Schiffen. Hätten früher noch Standards beim Schiffsbau und -ausbau im Vordergrund gestanden, so seien heute eher kompetente Schiffsbesatzung und Betriebsverfahren – also der Faktor Mensch – die Schlüsselbegriffe. Hinzu kämen Umwelt- und Klimaaspekte, die in Verbindung mit den Schiffsemissionen zu sehen seien. **Per Sønderstrup** berichtete außerdem über ein neues elektronisches Navigationssystem, das ab 2011 in Kraft treten solle, und das maritime GPS-Navigationssystem, das 2012 in Betrieb genommen werden solle. Problematisch sei der zunehmende Transport von Flüssiggas, da man noch sehr wenig über die Risiken wisse, die bei einem größeren Unfall mit diesem Produkt entstehen könnten. Hier seien technische Überwachungsverfahren mit höchsten Sicherheitsstandards sowie speziell ausgebildete Mannschaften unabdingbar. Die Transporttemperatur von minus 161 Grad Celsius bedeute eine sehr gefährliche, leichte Entzündbarkeit dieses Stoffes. Dieses Thema werde die Schiffssicherheitsbehörde weiter beschäftigen und zur Zeit ausführlich diskutiert.

Als weitere Gastrednerin sprach **Charlotte Wiin Havsten** von der dänischen Behörde für maritime Sicherheit zu den Delegierten. Sie befasste sich in ihrem Vortrag mit der Gewässersicherheit aus geophysikalischer Sicht. Der Schiffsverkehr in den Ostseegewässern werde immer intensiver. Mit Hilfe des sogenannten AIS-Systems (Luftüberwachungssystem) könnten alle zehn Minuten Bilder über die Meerestiefe ebenso wie Bilder über die Überwachung des Schiffsverkehrs an zentrale Kontrollstellen, beispielsweise auch an HELCOM, gesandt werden. Bei der maritimen Raumplanung gehe es darum, eine Optimierung der Nutzung der Gewässer und der Kabelverlegung zu erzielen. „Best practices“ in den Ostseerainstaaten würden herangezogen und eine enge Zusammenarbeit unter den Ländern gefördert. Anhand der Luftbildaufnahmen könne man jederzeit feststellen, wo eine besonders hohe Schiffsverkehrsfrequenz bestehe und gegebenenfalls dort lenkend eingreifen. Sie zeigte anhand von Bildern, wie die Messstationen an Land und auf dem Wasser aufgebaut sind und funktionieren. Mit dem „Sea trade web“ ließe sich zum Beispiel ein Ölunfall in einer 3 D-Bewegung in einer sogenannten Wassersäule graphisch darstellen. Dieses „Sea trade web“ leiste auch wertvolle Dienste bei Such- und Rettungsarbeiten und trage in Verbindung mit der Luftüberwachung (AIS) auch dazu bei, illegale Einleitungen zu identifizieren.

Über die Arbeit der finnischen Seeschiffverkehrsbehörde informierte **Tapio Gardemeister** die Konferenzteilnehmer. Zu Beginn seiner Ausführungen erklärte er, dass Finnland mit dem Schiffs- und Hafensicherheitsgesetz und dem Gesetz über das Schiffsregister Forderungen des VN-Übereinkommens zum Schutze des menschlichen Lebens auf See (SOCAS) und des ISPS-Code – einem Paket von Maßnahmen in Ergänzung des Übereinkommens für Gefahrenabwehr bei Schiffen und Häfen – umfassend nachkomme. Er erläuterte die Zuständigkeiten der verschiedenen finnischen Behörden im Schifffahrtsbereich. Sicherheitsdienste, Polizei, Zoll und Grenzüberwachung arbeiteten hierbei Hand in Hand, denn ihre Koordinierung sei im Gesetz genau definiert. So obliege der Schifffahrtsverwaltung die Gesamtzuständigkeit für die Umsetzung, Inspektion und Genehmigung der Sicherheitsmaßnahmen. Die Polizei sei die zuständige Stelle bei einem Sicherheitszwischenfall. Sie lege aufgrund der ihr vorliegenden Informationen, die sie selbst oder in Zusammenarbeit mit anderen Behörden gewonnen habe, die Sicherheitsstufe fest. Dies alles geschehe in enger Zusammenarbeit mit der Internationalen Seeschiffverkehrsorganisation (IMO). Der Zoll erhalte die Vorankündigung einer Schiffsfahrt und informiere die zuständigen Behörden über die relevanten Sicherheitsfragen. Die Grenzkontrollstellen kontrollierten die von der Reederei erhaltenen Informationen und versicherten sich der Richtigkeit dieser Informationen durch Kontrollen an Bord des eingelaufenen Schiffes. Sie wiederum informierten die zuständigen Behörden über festgestellte Mängel oder Auffälligkeiten. Bei den Sicherheitskontrollen an Bord sei die Suche nach Waffen, Drogen oder anderen illegalen Waren, nach Opfern von Menschenhandel sowie die Bekämpfung sonstiger illegaler Aktivitäten einer der zentralen Punkte. Die

finnischen Behörden führten ferner Überprüfungen der Hafenanlagen im Hinblick auf die Einhaltung der EU-Richtlinien für die Sicherheit in Häfen durch. Hierzu gehörten die Kontrolle neuer Hafeneinrichtungen ebenso wie die Einrichtung von Datenbanken über sicherheitsrelevante Fragen und die Planung und Durchführung von großangelegten Rettungsübungen mit realistischem Hintergrund. Wichtig bei allen Aktivitäten sei die enge Verzahnung der verschiedenen Behörden untereinander.

Der stellvertretende Leiter des gemeinsamen Havariekommandos des Bundes und der Küstenländer, **Ulf Bustorff**, befasste sich mit den Aufgaben des Havariekommandos und beschrieb die Arbeit dieser zentralen Einrichtung. Das im Jahr 2005 gegründete deutsche Havariekommando sei aufgrund von Überlegungen entstanden, mehrere deutsche Behörden zu einem zentralen maritimen Sicherheitszentrum zusammenzufassen. Aufgabe dieses Sicherheitszentrums sei es, die Zusammenarbeit der für maritime Sicherheit zuständigen Behörden zu verbessern und hohe Sicherheitsstandards zu gewährleisten. Daneben sollten Zuständigkeiten gebündelt und der Informationsaustausch verstärkt sowie die Überwachung auf See verbessert werden. Ausgehend von dem Einsatzgebiet (Meer, Küste oder Hafen) und dem Havarieschwerpunkt (Seenot, Verletztenversorgung, Brand, Explosion, Schadstoffaustritt u. ä.) orientierten sich die Erstmaßnahmen fachlich so, dass das höchste Gut, das Leben und die Gesundheit von Menschen, zuerst berücksichtigt würden und alle weiteren Maßnahmen erst dann ergriffen würden, wenn die Gefahr für Menschen beseitigt sei. Diese Priorisierung schließe nicht aus, dass die Brandbekämpfung oder die Beseitigung gefährlicher Verladungen oder Schadstoffaustritte die ungefährdete Bergung von Menschen erst ermögliche. Bei einem Unfall auf See erfolge die Unterstützung von Such- und Rettungsmaßnahmen durch das Havariekommando, wenn die Kapazität der Deutschen Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger (DGzRS) und der Marine, zum Beispiel bei einer großen Zahl von Schiffbrüchigen und Verletzten, nicht ausreiche. Mit einer direkten Reaktion auf Notfallsituationen und der Vorbereitung von Havarien und Unglücken auf See leiste das Zentrum einen wertvollen Beitrag zur maritimen Sicherheit. Die Struktur seiner Behörde sei so ausgelegt, dass sie auf die verschiedensten Unfälle sofort reagieren könne. So stünden beispielsweise bei Seenot vor den deutschen Küsten in Nord- und Ostsee im 24-Stunden-Betrieb vier große Mehrzweckschiffe zur Bergung, sowie zur Brand-, Schadstoff- und Unfallbekämpfung zur Verfügung. In der Nordsee liege zudem in 24-stündiger Bereitschaft ein privater Notschlepper mit guter Schlechtwettereigenschaft. Auch die Luftüberwachung und die Aufklärung von illegalen Einleitungen gehörten zu den Aufgaben der Behörde ebenso wie der Austausch von Informationen und Erkenntnissen sowie jährliche Expertentreffen und Geräteübungen.

In der Diskussion zum Thema „Maritime Sicherheit“ standen zum einen die Umweltbelastung der Ostsee durch den Schiffsverkehr und zum anderen das Erfordernis einer engen Zusammenarbeit der Staaten bei der Vereinheitlichung von Schifffahrts- und Hafensicherheitsregelungen im Vor-

dergrund. So stellte der finnische Abgeordnete **Kimmo Tillikainen** fest, dass die finnische Regierung in den letzten Jahren eine Reihe politischer Maßnahmen getroffen habe, um die Umweltrisiken für Wasser und Mensch zu verringern. Die Umsetzung des HELCOM-Aktionsplans und seine Weiterentwicklung, aber auch ein verstärkter Austausch im Rahmen des Treffens der Verkehrsminister der Ostseeanrainerstaaten spielten dabei eine wichtige Rolle. 75 Prozent des finnischen Handels liefen über die Ostsee – dies allein sei Grund genug, eine enge Zusammenarbeit mit den Nachbarstaaten zu pflegen. Das Risiko von Schiffsunglücken sei weiterhin trotz aller Sicherheitsmaßnahmen hoch. Angesichts steigender Verkehrszahlen müssten die Kapazitäten zum Beispiel zur Bekämpfung von Ölunfällen erhöht werden. Weitere Verzögerungen seien nicht hinnehmbar. Investitionen in diesem Bereich sollten auch als Teil der Lösung der Wirtschafts- und Finanzkrise gesehen werden. Die Abgeordnete **Kari Lise Holmberg** (Norwegen) berichtete von dem Schiffsunglück in Süd-Norwegen im Juni 2009, bei dem durch das Auslaufen mehrerer hundert Tonnen Schwer- und Dieselöl Tausende von Vögeln verendet seien und ein Küstenstreifen von 120 Kilometern auf Jahre verseucht worden sei. Es sei die größte Umwelttragödie Norwegens in den letzten 100 Jahren gewesen. Noch immer seien keine adäquaten Schlussfolgerungen aus dieser Katastrophe gezogen worden. Nationale und internationale Handlungsmöglichkeiten müssten verbessert werden; auch die Zusammenarbeit mit den Nachbarländern könne noch verstärkt werden. Die Öltanker müssten vor allen Dingen sicherer werden. Sie schlug vor, auf der Grundlage eines Berichts des norwegischen Außenministers eine gemeinsame Kontrollstelle einzurichten, die die Ostseever Verschmutzung und die maritime Umwelt, aber auch illegale Transporte, wie Menschenhandel, überwache. Die Abgeordnete **Marion Petersen** (Dänemark) befürwortete die Ausstattung auch kleinerer Schiffe mit dem AIS-Radarsystem, damit sie jederzeit geortet werden könnten. **Ingbert Liebing**, MdB, stellte fest, dass die Vorträge und Redebeiträge des heutigen Tages ein Bild mit zwei Seiten entstehen ließen. Zum einen zeige sich, dass bereits viel zur Verbesserung der maritimen Sicherheit getan werde; zum andern offenbarten die Schilderungen einzelner, dass aber noch sehr viel zu tun bleibe. Die Verhinderung von Schiffsunglücken müsse oberste Priorität erhalten. Hierzu sei es notwendig, ausreichende Notschleppkapazitäten in der Ostsee vorzuhalten. Die bereits jetzt für die Ostsee geltenden hohen Standards – wie von der IMO anerkannt – sollten auch auf andere Meere übertragen werden. Dafür müsse man sich in den Parlamenten einsetzen, damit nicht mit Dumpingstandards das Qualitätsniveau gesenkt werde. Weitere Beiträge befassten sich mit Fragen zur Sicherheit im Winter, dem Einsatz von Eisbrechern, und es wurde festgestellt, dass sich durch die steigenden Temperaturen aufgrund des Klimawandels der Einsatz von Eisbrechern langfristig in weiten Teilen vielleicht erübrigen könnte. Das angesprochene AIS-Radarsystem wurde generell begrüßt, und ein Einbau für alle Schiffe gefordert, gleichzeitig aber auch auf die hohen damit verbundenden Kosten hingewiesen. Man war sich darin einig, dass die technische Ausstattung der Mehrzahl der in der Ostsee fahrenden Schiffe sehr gut sei, dass

aber trotzdem Forschung und Entwicklung weiter vorangetrieben werden sollten. Die neuen von Dänemark angekündigten Schifffahrtsnotstandspläne würden mit Spannung erwartet, weil sie möglicherweise auch anderen Ostseeanrainerstaaten Anregungen und neue Impulse geben könnten.

Der vom Gastland Dänemark eingeladene Vertreter der Republik Belarus, **Mikhael Alow**, dankte Dänemark für die Einladung, als Gast an der Konferenz teilnehmen zu dürfen und wies darauf hin, dass Belarus sowohl geographisch als auch wirtschaftlich ein Teil der Ostseeregion sei. Es bestehe eine enge Zusammenarbeit mit den baltischen Staaten, und Belarus sei durch ein Netz uralter Kommunikationswege mit den meisten Staaten der Ostseeregion verbunden. Belarus sei zudem eingebunden in eine Vielzahl regionaler Netze und in die Politik der Nördlichen Dimension. Seit dem 1. Juli 2009 besitze Belarus Beobachterstatus beim Ostseerat. Das Thema der diesjährigen Ostseeparlamentarierkonferenz sei auch für Belarus wichtig, insbesondere das Thema „Gefahren für die Sicherheit“. Mit seinen Nachbarstaaten habe Belarus Vereinbarungen zur Bekämpfung illegaler Grenzaktivitäten getroffen. Das Interesse von Belarus an der BSPC erstreckte sich aber auch auf Themenbereiche wie gemeinsame Transporte, Energie, Umwelt, Bildung und Kultur. Belarus wünsche sich weiterhin lebhaft und fruchtbare bilaterale Kontakte.

V. Dritter Sitzungsabschnitt „Neue Gefahren für die Sicherheit“

Der Vormittag des zweiten Sitzungstages war dem Thema „Neue Gefahren für die Sicherheit“ gewidmet. Es sprachen als Gastredner: **Professor Ingmar Weitemeier**, Direktor des Landeskriminalamtes Mecklenburg-Vorpommern, **Eva Biaudet**, OSZE-Sonderbeauftragte für die Bekämpfung des Menschenhandels und frühere Gesundheitsministerin in Finnland, **Maciej Pisarski**, Direktor der Abteilung Strategie und außenpolitische Planung des polnischen Außenministeriums, sowie **Dr. Mantas Adomenas** (Litauen), Präsident der Baltischen Versammlung.

Professor Ingmar Weitemeier befasste sich in seinem Vortrag mit der Bekämpfung der organisierten Kriminalität. Er schickte voraus, dass die Ostseeanrainerstaaten von den überaus engen Verbindungen und Handelswegen zu Wasser und zu Lande profitierten und diese gemeinsame Nachbarschaft am größten Binnenmeer der Welt große Chancen und Möglichkeiten biete, aber auch Gefahren berge. Als dynamisches, im Wandel begriffenes Gebiet biete der Ostseeraum Betätigungsfelder für grenzüberschreitende und organisierte Kriminalität sowohl aus der EU als auch aus deren Nachbarstaaten. Diese Kriminalität werde stark beeinflusst durch die regionale und wirtschaftliche Lage der Anrainerstaaten und den nahezu ungehinderten und freien Personen- und Güterverkehr in Verbindung mit einem stetig wachsenden Tourismus. Neben den traditionellen Deliktformen im Bereich des Schmuggels gewinne der Ostseeraum derzeit auch bei Schleusungskriminalität, Kfz-Verschlebung und Geldwä-

sche an Bedeutung. Auch terroristische Bedrohungen könnten nicht ausgeschlossen werden, sodass die Sicherheit des Schiffsverkehrs in einem der am stärksten frequentierten Seegebiete immer stärker in den Fokus rücke. Organisierte Kriminalität stelle angesichts der potenziellen wirtschaftlichen Schäden ein nicht zu unterschätzendes Problem dar. Europol schätze, dass derzeit rund 4 000 organisierte Kriminalitätsgruppen in der EU aktiv seien. Die Fälschung von Produkten und deren Handel beziehungsweise Schmuggel seien ebenfalls auf dem Vormarsch. Insbesondere die Öffnung des europäischen Binnenmarktes und die weltweite Handelsliberalisierung sowie technische Entwicklungen im Bereich Transport, Infrastruktur und Kommunikation hätten zu einer Internationalisierung der organisierten Kriminalität geführt. Seit 2004 publiziere Europol regelmäßig eine Bedrohungsanalyse zur organisierten Kriminalität in der EU. Sie beinhalte eine Bewertung der Bedrohungslage im Hinblick auf gegenwärtige und erwartete Entwicklungen der organisierten Kriminalität in der gesamten EU. Danach sei der Ostseeraum durch die geographische Nähe des letztlichen Bestimmungsmarktes zu den Herkunfts- und Transitländern der organisierten Kriminalität gekennzeichnet. Der Drogenhandel und der Schmuggel hochbesteuerteter Waren einschließlich Marken- und Produktpiraterie gehörten zu den häufigsten Delikten in den Ländern des Ostseeraums. Europol habe ebenfalls eine Bewertung der Bedrohungslage im Bereich der russischen organisierten Kriminalität mit Auswirkungen auf die EU-Mitgliedstaaten vorgenommen. Demnach spiele die russische organisierte Kriminalität in verschiedenen Kriminalitätsbereichen in Europa eine wichtige Rolle. Geldwäsche, Menschenhandel, Schmuggel mit Waffen und Drogen, aber auch Betrugs- und Wirtschaftskriminalität seien die Hauptbetätigungsfelder innerhalb und außerhalb der EU. Menschenhandel als Straftat professioneller Straftäter, die fest entschlossen seien, hilfsbedürftige Personen auszubeuten, nehme immer weiter zu. Deutschland sei dabei auch Zielstaat, vorrangig aber auch Transitstaat in Richtung Skandinavien. In Bezug auf die Zielländer der irregulären Migration festige sich die Tendenz in Richtung Großbritannien und in die skandinavischen Staaten. Deutschland bleibe diesbezüglich Transitland. Die in der EU herrschenden gesamtgesellschaftlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen dürften für die Migranten von außerhalb der EU weiterhin attraktive Pull-Faktoren darstellen. Seit den Terrorangriffen vom 11. September 2001 gebe es in Europa eine erregte Debatte über die Verschärfung von Maßnahmen zum Erhalt der inneren Sicherheit. Auffallend sei, dass das Thema „Seesicherheit“ nur selten gestreift werde. Ein freier und sicherer Seeverkehr sei eine notwendige Voraussetzung dafür, dass sich Wirtschaft und Gesellschaft erfolgreich entwickelten. Die Trends in der Entwicklung des organisierten Verbrechens in Europa ließen sich wie folgt skizzieren: Es sei davon auszugehen, dass die kriminellen Akteure auch weiterhin in den traditionellen Deliktfeldern tätig blieben. Darüber hinaus würden neue illegale Marktsegmente erschlossen, auch mit Hilfe innovativer krimineller Praktiken. Vor allem das Internet biete eine Vielzahl von Möglichkeiten der betrügerischen Erlangung von Vermögensvorteilen. Sprach-,

Kommunikations-, Transport- und Handelshemmnisse würden weiter abnehmen, Mobilität und Flexibilität weiter zunehmen. Moderne Informations- und Kommunikationstechnologien würden immer mehr zur schnellen Informationsübermittlung als Planungsinstrument sowie als logistische Hilfsmittel genutzt. Mit zunehmender Globalisierung würden kriminelle Gruppen künftig umso rascher den Standort wechseln, je effektiver Polizei und Justiz arbeiteten, sei es im nationalen oder europäischen Kontext. Internationale Kooperation über die europäischen Grenzen hinweg werde daher an Bedeutung gewinnen müssen. Angesichts globaler vernetzter Märkte müsse man künftig mit der Krisenanfälligkeit des politischen und wirtschaftlichen Systems rechnen. In diesem Kontext werde man auch mit einer Verquickung von Terrorismus und organisierter Kriminalität rechnen müssen. Auch wenn dies heute in Europa kaum eine Rolle spiele, so dürfe doch die destabilisierende Wirkung internationaler organisierter Kriminalität auf schwache Regierungen von Drittländern auch im eigenen Sicherheitsinteresse nicht unbeachtet bleiben. Da die organisierte Kriminalität grenzüberschreitend agiere, müsse die europäische Handlungskompetenz gestärkt werden. Ob und wie die europäische Politik in der Verbrechensvorbeugung und -bekämpfung fortgesetzt und vertieft werde, sei eine Leitvariable für die Beurteilung der weiteren Entwicklung. Nationale Initiativen könnten angesichts des allseits akzeptierten Vernetzungsbedarfes in den Bereichen Informationsaustausch, Bedrohungsbewertung, Ermittlungskooperation und Politikformulierung als Alleingänge nur scheitern. Daher forderte Ingmar Weitemeier, als Schlussfolgerung vier wesentliche Punkte zu beachten; erstens: Parlament und Politiker müssten sich stärker mit der organisierten Kriminalität befassen und erkennen, dass Ressourcen bereit gestellt werden müssten; zweitens: Der Ausbau eines rechtlich notwendigen, der Bedrohungslage angepassten Rechtsrahmens in der EU und im Ostseeraum müsse verstärkt werden; drittens: Es müsse eine Fortsetzung des Kontaktausbaus bei der inneren Sicherheit, auch in Form von neuen Initiativen geben, zum Beispiel durch Lageaustausch, durch den Austausch statistischer und vergleichbarer Daten und durch gemeinsame Ermittlungsgruppen sowie die Festlegung von grenzüberschreitenden Deliktsschwerpunkten; viertens: Eine verstärkte Sprachausbildung sei absolut unabdingbar. Abschließend betonte Weitemeier, dass eine effektive Strategie nur auf der Basis eines gesamteuropäischen Ansatzes erfolgreich sein könne.

Maciej Pisarski, Direktor der Abteilung Strategie und außenpolitische Planung des polnischen Außenministeriums, konzentrierte sich in seinen Ausführungen auf die neuen Herausforderungen für die Sicherheit in der Ostseeregion und darüber hinaus. Die Mehrzahl der neuen Bedrohungen, denen man sich gegenüber sehe, erstreckte sich nicht nur auf die Ostseeregion, sondern besitze umfassenderen und sogar weltweiten Charakter, wobei einige wichtige regionale Charakteristika zu beachten seien. Europa sei eine stabile Region, in der militärische Macht kein Faktor sei, der die Position eines Landes in der internationalen Rangordnung definiere. Der Zusam-

menbruch des kommunistischen Regimes in Mittel- und Osteuropa und das Ende des Kalten Krieges hätten den Kontinent stabiler gemacht. Die Europäische Union sei ein wichtiger internationaler Akteur geworden. Nach zwei Jahrzehnten der erfolgreichen europäischen und euroatlantischen Integration von Polen und den baltischen Staaten sei die Ostseeregion sicherer, wohlhabender und interdependent geworden. Der Beginn des neuen Jahrhunderts sei jedoch von einer bisher nie dagewesenen Gewalt gekennzeichnet, ausgehend vom internationalen Terrorismus. Aber auch die Globalisierung habe negative Aspekte und neue Bedrohungen gebracht und gezeigt, wie sehr externe und interne Sicherheitsaspekte miteinander verflochten seien. Obwohl in Europa die Gefahr eines militärischen Konfliktes nicht bestehe, dürfe man nicht die Feindseligkeiten im vergangenen Jahr und die sogenannten „eingefrorenen“ Konflikte im Kaukasus vergessen, die immer noch einen wichtigen Platz auf der internationalen Tagesordnung einnehmen. In einer globalisierten Welt könnten auch Entwicklungen in entfernteren Regionen stärkere Auswirkungen auf unseren Teil der Welt haben. Dies gelte auch für die Ostseeregion, die im Vergleich zu anderen Regionen der Welt stabil sei. Gefahren, die sich aus der politischen Instabilität in vielen Teilen der Welt ergäben und einhergingen mit radikalen Bewegungen und Ideologien, die demokratischen Werten ablehnend gegenüber stünden, könnten auch die Geschehnisse in der Ostseeregion beeinflussen. Terroristische Aktivitäten seien dabei die größte Gefahr. Insbesondere der Schutz wichtiger Infrastrukturen in Bezug auf Transport- und Energiesicherheit sollte im Mittelpunkt stehen. Das wichtigste Element zur Sicherung der Stabilität in militärischer Hinsicht auf dem europäischen Kontinent sei der Vertrag über die konventionellen Streitkräfte in Europa (KSE) aus dem Jahr 1990. Die Entscheidung Russlands, seine Beteiligung am KSE-Vertrag aufzukündigen, sei ein schwerwiegender Rückschlag für das Vertrauensverhältnis in der Zeit nach dem Kalten Krieg und für die Bemühungen zum Aufbau von Sicherheit in Europa. Die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen, von nuklearen, chemischen und biologischen Waffen sei eine Gefahr, die sich in den letzten Jahren trotz internationaler Anstrengungen zur Beseitigung dieser Waffen ständig vergrößert habe. Die Möglichkeit, dass derartige Waffen in die Hände von terroristischen Gruppen gelangten, sei eine sehr realistische Möglichkeit. Daher müsse der Schmuggel von spaltbarem Material verhindert und die Finanzierung von terroristischen Gruppen gestoppt werden. Besondere Aufmerksamkeit sei auch den biologischen Kampfstoffen zu widmen, gerade weil es nicht so schwierig und kostspielig sei, sie herzustellen. Ein weiterer wichtiger Punkt, der die Sicherheit in der Region bedrohen könne, sei die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise. Sie habe alle Volkswirtschaften getroffen, wenn auch im unterschiedlichen Maße. Einige Länder in der Ostseeregion hätten die Erfahrung eines dramatischen Rückgangs ihres Bruttosozialproduktes in Verbindung mit Bankrotten, dem Zusammenbruch des Bankensystems und einer gestiegenen Arbeitslosenquote gemacht. Obwohl die Sachverständigen davon ausgingen, dass sich die Situation verbessere, blieben die Märkte dennoch

volatil. Die Wiederherstellung von wirtschaftlichem Wachstum verlange auch verbesserte Sicherheit bei der Energieversorgung. In Europa gebe es ein wachsendes Bewusstsein für die Notwendigkeit der Entwicklung alternativer Energiequellen und neuer Energieversorgungswege, um die Abhängigkeit von einer einzigen Quelle zu verhindern. Die Gewährleistung eines wirklichen Energiemixes und die Entwicklung von effizienten Energietechnologien und erneuerbarer Energiequellen seien zu wichtigen Schritten zur Verbesserung der Energiesicherheit geworden. Wichtig sei zu unterstreichen, dass jegliche absichtliche Unterbrechung der Energieversorgung, ganz gleich aus welchem Grunde, auch aus politischen Gründen, nicht akzeptabel sei. Die Energieerzeuger bemühten sich, neue Quellen, die früher aufgrund schwieriger Förderungsbedingungen nicht zugänglich gewesen seien, zu entwickeln. Die Arktis, die nicht sehr weit von der Ostseeregion entfernt liege, sei dabei von besonderem Interesse geworden. Bereits jetzt seien von den angrenzenden Staaten Forderungen im Hinblick auf das arktische Schelf erhoben worden. Man könne nur hoffen, dass diese Forderungen in einer friedlichen Art und Weise geregelt würden und nicht zu Spannungen führten. Auch das Bewusstsein für eine weitere Gefahr für unsere Sicherheit – nämlich der Klimawandel – habe sich in den vergangenen Jahrzehnten ständig verstärkt. Der Klimawandel schaffe neue negative Prozesse und verschlimmere bereits existierende Probleme. Das Problem der Verringerung der Energieressourcen in Verbindung mit dem Klimawandel stelle eine Gefahr für die internationale Sicherheit dar, indem es die Rivalität im Hinblick auf die Nutzung der Energiequellen verstärke und die Aussichten auf wirtschaftliche Entwicklung verringere. Zu berücksichtigen sei auch, dass einige Staaten bald mit existenziellen Problemen wegen des Temperaturanstiegs und damit einem Anstieg des Meeresspiegels zu rechnen hätten. Sollten sich die düsteren Prognosen verwirklichen, so würden die Konsequenzen dieses Prozesses sicherlich auch die Küsten aller baltischen Staaten berühren und damit grundlegende Probleme für die Menschen in diesem Gebiet schaffen. Dies sei eines der wichtigsten Themen für die Klimakonferenz in Kopenhagen Ende des Jahres 2009.

Man könne die Bedeutung von Maßnahmen zum Schutze der Ostsee vor giftigen Abfällen, die aus der Industrie und von Schiffen in die Ostsee gelangten, nicht überschätzen. Die Bemühungen, einen solchen Schutz zu gewährleisten, sollten auch eine Kooperation mit Belarus und der Ukraine beinhalten, weil dort erzeugte industrielle Abwässer letztlich in der Ostsee landeten. Vieles sei bereits im Umweltbereich in der Ostregion getan worden, aber bei weitem noch nicht genug. Jegliche wirtschaftliche Aktivität, die die Qualität des Wassers der Ostsee und ihre Pflanzen- und Tierwelt gefährden könne, müsse unterbunden werden. Polen sei auch sehr besorgt über eines dieser Wirtschaftsprojekte, nämlich die Nordstream-Gaspipeline, die das Ökosystem der Ostsee seiner Auffassung nach stark schädigen werde. Tausende Tonnen von Waffen seien in der Vergangenheit auf dem Meeresboden versenkt worden, einschließlich 13 000 Tonnen chemischer

Kampfstoffe. Auch dioxinhaltige Industrieabwässer und Altminen seien im Golf von Finnland versenkt worden. Sollte diese Gaspipeline gebaut werden, so bestehe die Gefahr, dass diese giftigen Chemikalien im Wasser freigesetzt würden. Von den Investoren erwarte man, dass ein Verzeichnis der chemischen Waffen und anderen giftigen Substanzen, die am Meeresgrund der Ostsee lagerten, im Zusammenhang mit dem Bau der geplanten Pipeline erstellt werde. Eine weitere Gefahr entstehe durch die Internetkriminalität. Sogenannte Internetangriffe hätten zahlenmäßig und umfangmäßig weltweit zugenommen. Auch hier gelte es, Ressourcen und Sachverstand im Rahmen der baltischen Zusammenarbeit zu bündeln. Das Ende des Kalten Krieges habe für die Länder der Ostseeregion politische, wirtschaftliche und strategische Vorteile gebracht. Dennoch gebe es kritische Fragen, wie der Zugang zu den Energieressourcen, die Transportinfrastrukturen, die maritime Sicherheit, Umweltschutz und viele andere, die eine enge Zusammenarbeit der Länder in der Region verlangten. Die Stärkung einer derartigen Zusammenarbeit, der Bau neuer Brücken und die Vertiefung einer positiven Interdependenz liege im Interesse aller, betonte Pisarski abschließend.

In ihrer Rede zum Thema Menschenhandel ging **Eva Biaudet**, Sonderbeauftragte und Koordinatorin der OSZE für die Bekämpfung von Menschenhandel, zunächst auf die aktuelle Situation ein und sprach dabei vor allem neue Formen von Menschenhandel an. Sie verdeutlichte, welche Faktoren Menschenhandel begünstigen und erläuterte mögliche Maßnahmen zu dessen Bekämpfung. Frau Biaudet bezeichnete Menschenhandel sowohl als eine Bedrohung für die menschliche als auch für die staatliche Sicherheit. Menschliche Grundwerte wie die Menschenwürde, die Gleichheit und soziale Gerechtigkeit würden beim Menschenhandel zutiefst verletzt. Weltweit seien 80 Prozent der identifizierten Opfer von Menschenhandel Opfer von sexueller Ausbeutung geworden. Das klassische Szenario der Menschenhändler bestehe weiterhin darin, Frauen und junge Mädchen mit falschen Versprechungen von Liebe und Heirat oder einem guten Verdienst und einem besseren Leben aus ihrem Land zu locken und sie dann in die Prostitution zu zwingen. Opfer würden geschlagen, vergewaltigt, eingeschlossen und gezwungen, unter unmenschlichen Bedingungen ohne Lebensmittel und Wasser und unter unhygienischen Verhältnissen zu leben. Das Trauma, das diese Opfer zurückbehielten, weise ähnliche Symptome wie das Trauma der Opfer von Folter auf. Untersuchungen zeigten, dass die Opfer mehr als sechs Monate brauchten, um sich zu erholen und bei polizeilichen Untersuchungen anzugeben, was sie erlitten hätten. Bei Kindern sei dieser Zeitraum noch größer, denn sie könnten oft mehr als 18 Monate nicht über das traumatische Erlebnis sprechen. All diese Untersuchungen seien wichtig, sowohl für die Strafverfolgung als auch für die Sozialarbeit, um das, was den Opfern widerfahren sei, besser verstehen zu können. Menschenhandel nehme aber auch andere Formen an. Sehr oft werde über ausländische Arbeitnehmer berichtet, die keinen Lohn erhielten und unter unmenschlichen Arbeits- und Lebensbedingungen ausgenutzt würden. Viele

weitere Beispiele für Ausbeutung am Arbeitsplatz wie beispielsweise in Fabriken, Restaurants, auf dem Bau oder bei der Hausarbeit ebenso wie bei landwirtschaftlicher Arbeit seien bekannt. Migration sei und werde weiterhin notwendig sein; sie könne positiv für Gesellschaften und für den einzelnen Migranten sein. Dennoch sei es notwendig, sich daran zu erinnern, dass fehlende Sprachkenntnisse, fehlende Kenntnisse über die Strukturen der Gesellschaft, wirtschaftliche Notlagen und ein niedriges Bildungsniveau Menschen dem Risiko von Menschenhandel aussetzen könnten. Ein weiterer zunehmender Sektor des Menschenhandels sei das Phänomen vermisster Kinder, das nunmehr auch in verschiedenen Berichten dokumentiert worden sei. Nach einem Bericht der Grundrechteagentur der Europäischen Union bestehe das Problem in vielen europäischen Ländern. Es werde vermutet, dass viele vermisste Kinder Opfer von Menschenhändlern geworden seien. Frau Biaudet betonte, dass es darüber hinaus eine Vielzahl neuer Gefahren gebe. Die organisierte Kriminalität nehme neue Formen an und bediene sich moderner Kommunikationsmöglichkeiten. Die wachsende wirtschaftliche Ungleichheit, verschärft durch die derzeitige Wirtschaftskrise, sowie der Klimawandel führten zu einer Ausweitung der Schere zwischen Arm und Reich und zu wachsenden Migrationsströmen. Dies seien Faktoren, die Menschen einem größeren Risiko, Opfer von Ausbeutung zu werden, aussetzten. Dies schaffe einen „Markt“ für Menschenhändler, wenn eine wachsende Nachfrage nach noch billigeren Arbeitskräften verknüpft werde mit der Missachtung der menschlichen Würde.

Im letzten Teil ihrer Rede ging die Sonderbeauftragte speziell auf mögliche Maßnahmen zur Bekämpfung von Menschenhandel ein. Besonders der Arbeitsschutz und die Kontrolle der Arbeitssituation insbesondere von gesellschaftlich weniger anerkannten Gewerben, wie zum Beispiel der Prostitution, seien bei der Bekämpfung des Menschenhandels unverzichtbar. Informationsstellen für Migranten sollten zudem über den Menschenhandel aufklären und Informationen zu Kontrollprüfungen bei Arbeitgebern, rechtmäßigen Arbeitsverhältnissen sowie Notfallkontakte und Erfahrungsberichte anbieten. Um eine systematische und effektive Bekämpfung zu gewährleisten, sollte ein nationaler Berichterstattungsmechanismus eingerichtet werden, der mit den Institutionen des Europarates zusammenarbeiten könne. Die Verbesserung der Opferbetreuung und die Stärkung der internationalen Zusammenarbeit seien weitere wichtige Prioritäten. Besonders Kindern sollte mehr Aufmerksamkeit zukommen, und sie sollten verstärkten Schutz und bestmögliche Betreuung erhalten. Langfristig sollten durch gezielte Projekte die Anfälligkeit von potentiellen Opfern reduziert und eine Umgebung geschaffen werden, die Menschenhandel möglichst nicht begünstige. Abschließend wies die Sonderbeauftragte auf die Konferenz der OSZE zur Bekämpfung des Menschenhandels vom 14. bis 15. September 2009 in Wien hin und lud herzlich zur Teilnahme ein. Frau Biaudet begrüßte in diesem Zusammenhang die Einrichtung einer neuen Arbeitsgruppe der BSPC zum Thema „Zivile Sicherheit“ und wünschte der Arbeitsgruppe viel Erfolg bei ihrer Arbeit.

In seiner Rede befasste sich der Präsident der Baltischen Versammlung, **Dr. Mantas Adomenas** (Litauen), mit dem Thema Sicherheit und jüngste Veränderungen in Bezug auf die Sicherheitslage in der Ostseeregion. Es sei der gemeinsame Wunsch der Ostseeanrainerstaaten, ein *Mare nostrum*, eine sichere, gefahrenlose und stabile Region für Integration und friedliche Zusammenarbeit zu werden. Für die Umsetzung dieses Zieles sei das Thema zivile Sicherheit von besonderer Bedeutung. Die Leitbilder für Sicherheit, aber auch die Herausforderungen, Bedrohungen und Schwachstellen hätten sich jedoch in der letzten Zeit signifikant geändert, sodass heute eine neue Sicherheitsstrategie notwendig sei. Da das Thema Sicherheit heute nicht mehr eindimensional betrachtet werden könne, unterschied Präsident Adomenas zwischen sechs Sicherheitsbereichen: traditionelle (militärische und politische) Sicherheit, innerstaatliche Sicherheit, soziale Sicherheit, wirtschaftliche Sicherheit, ökologische Sicherheit sowie Informations- und Kommunikationssicherheit. Diese multidimensionale Sicherheit bedürfe einer transnationalen Vorgehensweise, da sie mit traditionellen Methoden nur ungenügend gewährleistet werden könne. Als Voraussetzungen für regionale Sicherheit und eine erfolgreiche regionale Sicherheitszusammenarbeit nannte Präsident Adomenas unter anderem Beständigkeit und Friedfertigkeit der regionalen Akteure, Transparenz bezüglich ihrer politischen, wirtschaftlichen und sozialen Absichten sowie relative Homogenität in der Region und ein hohes Maß an Gemeinsamkeit im Hinblick auf ihre Ziele. Einige dieser Voraussetzungen seien jedoch nicht mehr gegeben, so dass dringender Handlungsbedarf bestehe. So habe zum Beispiel die weltweite Wirtschaftskrise auch die regionale Stabilität negativ beeinträchtigt. Die Auseinandersetzungen über den amerikanischen Raketenabwehrstützpunkt in Osteuropa zeigten zudem, dass Verteidigungsmaßnahmen von Nachbarstaaten auch als Aggression angesehen werden könnten. Auch die Transparenz staatlichen Handelns und die Homogenität in der Ostseeregion seien durch die Wirtschaftskrise bedroht. Der sich im Verlaufe der Wirtschaftskrise verstärkende Protektionismus verdeutliche zudem den Mangel an Kooperationsbereitschaft einzelner Staaten, besonders in Krisenzeiten. Es sei die Aufgabe der Regierungen, konkrete Maßnahmen zu ergreifen, um die Situation zu verbessern. Neue Institutionen seien hierfür jedoch nicht unbedingt notwendig, man müsse lediglich die alten Strukturen ausbauen und effizienter gestalten. Zudem müsse man das transatlantische Verhältnis vertiefen und auch die Zusammenarbeit der Ostseeanrainerstaaten untereinander verbessern. Die Ostseestaaten sollten außerdem einen konkreten Sicherheitsaktionsplan entwerfen, der speziell die neuen Herausforderungen für die Sicherheit konkretisiere. So sollten die Ostseestaaten erstens eine Sicherheitspolitik erarbeiten, die die finanziellen, sozialen und politischen Mittel gezielt auf kurz-, mittel- und langfristige Projekte ausrichte. Zweitens solle man verstärkt die Zivilgesellschaft und internationale Organisationen in politische Prozesse mit einbeziehen und drittens den aktuellen finanziellen Herausforderungen mit Bedacht begegnen. Es sollte zum Beispiel überlegt werden, Aufgaben besser zu verteilen und Ressourcen unter-

einander aufzuteilen. Man müsse effektiver und flexibler zusammenarbeiten, und Staaten müssten bereit sein, schneller und auch mit mehr Nachdruck zu reagieren, um die aktuelle veränderte Sicherheitslage zu meistern.

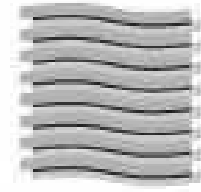
In der Diskussion setzten sich die Diskussionsteilnehmer immer wieder für eine bessere Zusammenarbeit bei der Bekämpfung der organisierten Kriminalität ein. Menschenhandel und Prostitution stünden dabei im Vordergrund, so der schwedische Abgeordnete **Hans Wallmark**. Der Drogenhandel habe neue Dimensionen erreicht und müsse gezielter bekämpft werden. Es sei nicht unbedingt erforderlich, neue Gesetze zu verabschieden, sondern die Gesetze länderübergreifend zu harmonisieren. Die Vizepräsidentin des Landtags Mecklenburg-Vorpommern, **Renate Holznagel**, unterstrich, dass 20 Jahre nach dem Fall des „Eisernen Vorhangs“ zum einen eine fast grenzenlose Freiheit für Menschen und Waren in den Ostseestaaten bestehe, gleichzeitig aber nicht konsequent genug die ebenfalls damit in Verbindung stehenden kriminellen Aktivitäten bekämpft würden. Die grenzüberschreitende Mobilität habe eben auch ihre Schattenseiten, wie dies auch im Schlussbericht der Arbeitsgruppe „Arbeit und soziale Wohlfahrt“ hervorgehoben werde. Im Bezug auf die Sicherheit der Seetransporte forderte Frau Holznagel eine einheitliche Überwachung in der südlichen Ostsee, um Straftaten besser aufdecken zu können. Mit Hilfe innovativer Navigationstechnologien, die mittlerweile ausreichend zur Verfügung stünden, dürfte dies kein Problem sein. Sie forderte alle Ostseeanrainerstaaten auf, sich diesen Systemen anzuschließen. Sie lobte die gute Zusammenarbeit mit Polen und den Datenaustausch zwischen den Polizeibehörden. Ein hohes Maß an abgestimmter Zusammenarbeit sei auf internationaler Ebene dringend erforderlich. Diesen gesamteuropäischen Aspekt weiter zu stärken, bleibe eine Aufgabe der Ostseeparlamentarierkonferenzen. Im Oktober 2009 werde es eine Konferenz zur Sicherheit im Tourismusbereich geben. An diesem Treffen würden auch die Generalstaatsanwaltschaften des Bundes und der Länder teilnehmen. Sie begrüße es, dass die neue EU-Ostseestrategie die Initiative des Ostseerates in dieser Hinsicht aufgreife und fortsetze. **Nikolay Churkin** (Russischer Föderationsrat) forderte integrierte Ansätze und die Einsicht, dass viele der angesprochenen Probleme in engem Zusammenhang miteinander stünden. Auch für Russland sei es ein wichtiges Anliegen, in grenzüberschreitender Zusammenarbeit die organisierte Kriminalität verstärkt zu bekämpfen. Russland begrüße daher, dass zu diesem Thema eine Arbeitsgruppe in der BSPC eingesetzt werde. Der schwedische Abgeordnete **Kent Olsson** bezeichnete den Menschen- und Frauenhandel als verabscheuungswürdig. Die Bekämpfung dieser Straftaten sei eines der wichtigsten Anliegen in der Ostseeregion. Er bedauerte, dass viel zu selten die Verantwortlichen vor Gericht gebracht würden und appellierte eindringlich an alle, tatkräftig mitzuarbeiten und auch den Datenaustausch zwischen den Ländern zu verbessern. Vielfach sei Armut die Ursache der Probleme. Mit anderen internationalen Gremien, wie beispielsweise dem Europarat und seiner Parlamentarischen Versammlung, müsse es eine enge Zusammenarbeit ge-

ben, und es sei bedauerlich, dass unter dem Übereinkommen zur Bekämpfung des Menschenhandels noch einige Unterschriften von Staaten aus dem Ostseeraum fehlten. Der polnische Abgeordnete **Arkadiusz Litwiński** stellte fest, dass für die Abgeordneten, die sich mit diesem Problem auseinandersetzten, die Arbeit nicht im Wahlkreis ende, sondern dass jeder einzelne Abgeordnete auch auf nationaler und internationaler Ebene Möglichkeiten habe, sich für die gemeinsame Sache einzusetzen. Zum Thema der maritimen Sicherheit bedauerte er, dass das Problem der Waffen auf dem Meeresboden nicht in den Resolutionstext Eingang gefunden habe und stellte fest, dass insbesondere die chemischen Stoffe eine ständig wachsende Gefahr für die Wasserqualität in der Ostsee darstellten. Der Abgeordnete **Vladimir Nikitin** (Russische Duma) begrüßte es, dass die BSPC-Konferenz sich auch dieses Mal wieder sehr aktuellen Themen widme. Er beklagte die durch den Menschen verursachten Umweltschäden und stellte fest, dass der Planet Erde in eine neue Ära eingetreten sei, in der Raubbau an den natürlichen Ressourcen und vom Menschen verursachter Klimawandel zu einer neuen Dimension der Umweltzerstörung geführt hätten. Probleme in dieser Größenordnung ließen sich nicht mehr durch einen individuellen Ansatz, sondern nur durch ein kollektives Vorgehen lösen. Für den Nordischen Rat ergriff **Helgi Hjörvar** (Island) das Wort und beklagte

das Leid der Kinder und Frauen, die Opfer von Menschenhandel geworden seien. Er forderte die Anwesenden auf, einzugreifen und genau hinzusehen, was draußen vor der Tür geschehe. Er verwies auf das Beispiel von zehn dänischen Parlamentariern, die sich zusammengeschlossen hätten, um einem von Großbritannien gegründeten Netzwerk zur Bekämpfung des Menschenhandels beizutreten. Mit Hilfe dieses Netzwerkes würde es leichter sein, Daten zu erheben und ein gemeinsames Vorgehen abzusprechen.

Im Anschluss an die Debatte wählten die Konferenzteilnehmer **Christina Gestrin** (Finnland) für eine zweite Wahlperiode zur Vorsitzenden des Ständigen Ausschusses der BSPC. Als ihre Stellvertreterin wurde **Valentina Pivnenko** (Russische Duma) wiedergewählt. Die Konferenzteilnehmer verabschiedeten einstimmig die Schlussresolution der 18. Ostseeparlamentarierkonferenz. Die 19. Ostseeparlamentarierkonferenz soll auf Einladung der Åland-Inseln vom 29. bis 31. August 2010 in Mariehamn, Finnland, stattfinden.

Franz Thönnies, MdB
Delegationsleiter

VI. Verabschiedete Resolution**Resolution der Konferenz**

verabschiedet von der 18. Ostseeparlamentarierkonferenz (BSPC)

Die Teilnehmer*, die gewählten Vertreter der Ostseeanrainerstaaten, die vom 31. August bis 1. September 2009 in Nyborg (Dänemark) zusammentrafen,

die Bereiche "Zusammenarbeit in der Ostseeregion", "Sicherheit und Gefahrenabwehr im Seeverkehr", "zivile Sicherheit", "Klimawandel und Energieeffizienz" sowie "Arbeitsmärkte und Soziales" erörternd,

- A. die Bedeutung einer parlamentarischen Dimension und der Beteiligung der Parlamente an den Strategien und Maßnahmen zur Entwicklung der Ostseeregion herausstellend und damit einen Beitrag zu einer breit angelegten Debatte sowie zu Transparenz, Legitimität und Unterstützung der Arbeit leistend;
- B. in Bekräftigung der für beide Seiten gewinnbringenden Kontakte und des Austauschs zwischen der Ostseeparlamentarierkonferenz und dem Ostseerat und in Anerkennung der wichtigen Rolle des Ostseerates in Bezug auf die Einleitung und Koordinierung von Maßnahmen zur Bewältigung der Herausforderungen der Ostseeregion;
- C. erneut ihre Unterstützung für den Ostsee-Aktionsplan der HELCOM als wichtiges Instrument für die Wiederherstellung eines guten ökologischen Zustands der Ostsee bis 2021 bekundend und unter besonderem Hinweis darauf, dass die Regierungen ihrer Verpflichtung zur Umsetzung des Plans gemäß dem vereinbarten Zeitplan nachkommen müssen;
- D. die Erarbeitung und Entwicklung von Strategien und Programmen für die Ostseeregion als wichtige Instrumente für die Prioritätensetzung unterstützend und darüber hinaus die Notwendigkeit der Koordinierung der Strategien mit der Politik der Nördlichen Dimension im Auge behaltend;
- E. nachdrücklich darauf hinweisend, dass die derzeitige Wirtschaftskrise nicht als Vorwand für weniger ehrgeizige umweltpolitische Ziele, die Reduzierung von Umweltressourcen oder das Hinausschieben von Zeitplänen für Umweltprogramme und -projekte dienen darf;

fordern die Regierungen der Ostseeregion, den Ostseerat und die EU auf,

im Hinblick auf die Zusammenarbeit in der Region

1. eine gemeinsame politische Agenda für die Ostseeregion festzulegen und zu verfolgen, z.B. durch Entwicklung eines gemeinsamen Verständnisses in Bezug auf Governance, Führung und Arbeitsteilung zwischen den führenden regionalen und subregionalen Akteuren in der Region und durch die Verbesserung der Koordination untereinander;

2. sich mithilfe energischer und nachhaltiger Maßnahmen für die Erreichung der umweltpolitischen Gesamtziele und die Ziele des HELCOM-Ostsee-Aktionsplans einzusetzen und dafür zu sorgen, dass die Verpflichtung, anlässlich der HELCOM-Ministerkonferenz im Mai 2010 in Moskau nationale Aktionspläne vorzulegen und sie mit der gebotenen Vorsicht umzusetzen, eingehalten wird;
3. für eine enge Verzahnung der kommenden Strategien und Programme für die Ostseeregion mit dem HELCOM-Ostsee-Aktionsplan zu sorgen;
4. mithilfe konkreter Schritte dafür zu sorgen, dass die Strategien und Programme für die Ostseeregion, z.B. die neue so genannte "EU-Strategie für die Ostseeregion", eng mit der Nördlichen Dimension verknüpft und koordiniert wird, um eine Zusammenarbeit zwischen Russland, Island, Norwegen und der EU auf gleicher Grundlage zu gewährleisten und die Interessen der Staaten der Ostseeregion, die nicht Mitglied der EU sind, in den Strategien zu berücksichtigen;
5. die Kapazitäten zur Entwicklung marktfähiger Projekte für die Umsetzung des HELCOM-Ostsee-Aktionsplans zu unterstützen; dies beinhaltet auch die finanzielle Unterstützung des Projektentwicklungsfonds der Nordischen Investitionsbank (NIB) und der Nordischen Umweltfinanzierungsgesellschaft (NEFCO);
6. dafür zu sorgen, dass die Bürger auf dem Laufenden gehalten und in die Planung und Umsetzung von Strategien und Projekten, die sich auf die Entwicklung der Ostseeregion auswirken, einbezogen werden; nichtstaatliche Organisationen spielen als Meinungsbildner und unabhängige Experten eine unschätzbare Rolle, und ihre Standpunkte, Warnungen und Ratschläge sollten ernst genommen werden;
7. die Ursachen und Folgen der derzeitigen Wirtschaftskrise mithilfe konzertierter und solidarischer Maßnahmen zu bewältigen; ein erfolgreicher regionaler Ansatz, der eine gegenseitige Unterstützung beinhaltet, würde darüber hinaus zu einem positiven Image der Ostseeregion und zur Glaubwürdigkeit und Zweckmäßigkeit der regionalen Zusammenarbeit beitragen;

im Hinblick auf die Sicherheit und Gefahrenabwehr im Seeverkehr in der Region

8. die aktive Zusammenarbeit im Rahmen der Internationalen Seeschiffahrts-Organisation (IMO) in Bezug auf die Entwicklung geeigneter Maßnahmen zur Reduzierung der Auswirkungen der Seeschiffahrt in der Ostsee auf die Umwelt zu fördern und anzuerkennen, dass die Regeln und Bestimmungen der IMO die Grundlage für die maritime Entwicklung aller Regionen bilden und die Bestimmungen nach Maßgabe der aktuellen Herausforderungen entwickelt werden sollten;
9. fortlaufende Initiativen, Unterstützungsmaßnahmen und konkrete Maßnahmen im Bereich der Sicherheit im Seeverkehr zu fördern, z.B. durch vermehrten Einsatz von Lotsen auf engen und schwierig zu befahrenden Schifffahrtswegen und stärkere gemeinsame Bereitschaft zur Bekämpfung der illegalen Einleitung von Öl und gefährlichen Stoffen;
10. konkrete Projekte zur Umsetzung der maritimen Raumordnung in der Ostseeregion zu unterstützen und zu fördern und sich dabei für die sektorübergreifende und internationale Koordination der Ressourcen einzusetzen und dadurch die Ostseeregion als Modellregion zu stützen;
11. den Fünf-Punkte-Aktionsplan "Clean Baltic Shipping" ("Saubere Seeschiffahrt in der Ostsee") der BSSSC zu unterstützen, dessen Ziel unter anderem die Reduzierung der

Stickstoff- und Schwefelemissionen in den Häfen durch die Nutzung von Landstromversorgung, die Minimierung der Einleitung von Abwässern aus Schiffen, die Reduzierung der Umweltbelastungen durch die Kreuzschifffahrt, die Förderung eines nachhaltigen Hafenmanagements und die Schaffung von Anreizen für Forschungs- und Entwicklungsvorhaben im Bereich der grünen und sauberen Meerestechnologien ist;

12. die Kennzeichnung des Schwarzen Meeres, des Mittelmeers, des Nordostatlantiks und der Irischen See als Schwefelemissionsüberwachungsgebiete (*Sulphur Emission Control Areas, SECA*) - wie bereits im Falle des Ärmelkanals, der Nordsee und der Ostsee geschehen - zu unterstützen, sofern die Kriterien für diese Kennzeichnung erfüllt sind;

13. die Fortschritte im Hinblick auf die Sicherheit im Seeverkehr und die Überwachung des Schiffsverkehrs zu konsolidieren und weiterzuentwickeln, um zum einen die Überwachung und Lenkung des zunehmenden Seeschiffsverkehrs - vor allem im Zusammenhang mit Gefahrguttransporten und schwierigen Witterungsbedingungen im Winter - und zum anderen die Überwachung der Ostsee zum Schutz der Umwelt und Fischerei und zur Verbrechensbekämpfung zu verbessern;

14. sich dem ostseeweiten Seeraumüberwachungssystem (*SUCBAS – Sea Surveillance Baltic Sea* = Seeraumüberwachung in der Ostsee) anzuschließen und dieses zu unterstützen, um das Situationsbewusstsein hinsichtlich des Zustands des Meeres in der gesamten Ostsee und die Ansätze zur Unterstützung der Sicherheit und Gefahrenabwehr im Seeverkehr, des Schutzes der Umwelt und der Bekämpfung illegaler Aktivitäten im Meeresbereich zu verbessern;

15. einen Beitrag zu den Maßnahmen der Arbeitsgruppe für die Harmonisierung der Ostseeregion in Bezug auf Schiffsverkehrsdienste und Schiffsmeldesysteme zu leisten; die Arbeitsgruppe wurde eingesetzt, um die Schiffsverkehrsdienste und Schiffsmeldesysteme zu harmonisieren und zu integrieren und dafür zu sorgen, dass alle Systeme die sichere Navigation von Schiffen auf optimierte und einheitliche Weise unterstützen;

16. sich den Initiativen des Überwachungsprojekts für Einhüllentanker und nicht zugelassene Schiffe, die gemeinsam von der HELCOM und der Europäischen Agentur für die Sicherheit des Seeverkehrs zur weiteren Verbesserung der Sicherheit im Seeverkehr und Unterstützung der Hafenstaatskontrollbehörden zwecks Verhinderung des Betriebs von nicht dem Standard entsprechenden Schiffen in der Ostsee entwickelt wurden, anzuschließen und diese zu unterstützen und für einen sicheren und umweltfreundlichen Seeverkehrsbetrieb zu sorgen;

im Hinblick auf die zivile Sicherheit in der Region

17. die Zusammenarbeit und Koordination in Bezug auf die zivile Sicherheit allgemein zu verbessern, um ein gemeinsames und umfassendes Verständnis hinsichtlich der Risiken und Bedrohungen für die Ostseeregion sowie Strategien und Maßnahmen zu deren Bekämpfung zu fördern;

18. die strategische und operative Zusammenarbeit zwischen den Strafverfolgungsbehörden und weiteren wichtigen Akteuren zu verstärken, um die gemeinsamen Kapazitäten im Hinblick auf die Feststellung, Überwachung und wirksame Bekämpfung der organisierten grenzüberschreitenden Kriminalität, z.B. des Menschen- und Drogenhandels und illegalen Handels, der Korruption, Geldwäsche, illegalen Einwanderung, illegalen Arbeit, rassistisch motivierten Straftaten usw., zu stärken;

19. die Zusammenarbeit bei der Bekämpfung des Menschenhandels zu intensivieren und dabei den Schwerpunkt unter anderem auf Präventivmaßnahmen, Schutz und Hilfe - beispielsweise in Form von Zufluchtsmöglichkeiten - für Opfer und gefährdete Personen

sowie auf Strategien und Maßnahmen zur Bekämpfung der eigentlichen Ursachen des Menschenhandels zu legen;

20. die Daten und Datenerfassung über das Ausmaß der durch den Menschenhandel verursachten Probleme zu verbessern und zu koordinieren, um eine realistische Grundlage für die Entwicklung geeigneter Maßnahmen zur Bekämpfung des Problems zu schaffen;

21. im Einklang mit den entsprechenden Protokollen und Übereinkommen der Vereinten Nationen und des Europarates, denen sie beigetreten sind, geeignete Gesetze zur Bekämpfung des Menschenhandels, die sich gegen alle Formen der Ausbeutung wenden und Maßnahmen zur Unterstützung der Opfer beinhalten, zu verabschieden, umzusetzen und zu koordinieren;

22. die Zusammenarbeit beim Krisenmanagement und Schutz der Bevölkerung vor natürlichen, technologischen und vom Menschen verursachten Risiken und Notsituationen zu verstärken, z.B. durch die Koordinierung der Planung, Prävention und Ressourcen und Bündelung der vorhandenen Vereinbarungen in einem umfassenden, für die gesamte Region geltenden Rahmen;

23. mithilfe konzertierter Maßnahmen die IT-Sicherheit zu verstärken und dabei die Internetkriminalität zu analysieren, aufzudecken und zu steuern sowie Abwehr- und Schutzmaßnahmen in Bezug auf die Unterbrechung kritischer Infrastruktursysteme zu treffen;

im Hinblick auf den Klimawandel und Energiefragen in der Region

24. sich aktiv für eine neue internationale Klimavereinbarung einzusetzen, die sich mit allen relevanten Risikofaktoren für den Klimawandel je nach ihren Auswirkungen befasst;

25. eine kohärente Energiestrategie für die Ostseeregion zu entwickeln, um die Sicherheit der Energieversorgung zu erhöhen, erneuerbare Energien verstärkt zu nutzen und die Länder besser miteinander zu verknüpfen, z.B. mithilfe von verbundenen Überlandleitungen, die schrittweise zu einem intelligenten Stromnetz zwischen den Ländern und den Offshore-Windparks ausgebaut werden;

26. Aktionspläne für die Verbreitung der Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) sowie für die Gebäudesanierung und den innovativen Wohnungsbau auf den Weg zu bringen, um die Energieeffizienz zu erhöhen und Energie einzusparen;

27. die derzeitige Wirtschaftskrise als Chance zur Förderung des qualitativen Wachstums in der Ostseeregion zu nutzen, z.B. durch die gezielte Bereitstellung von Finanzpaketen, Investitionsplänen und Subventionen sowie internationalen Finanzressourcen für die Erzeugung erneuerbarer Energien, Energieeffizienz-Investitionen, KWK, effiziente Fernwärmesysteme und die Verknüpfung des Stromnetzes;

28. ein gemeinsames regionales Ausbildungsprogramm zur Stärkung der gemeinsamen Kapazitäten bei der Energieplanung zu schaffen, z.B. durch Ausbau des Erfahrungsaustauschs und Förderung bestmöglicher Verfahren unter den Behördenvertretern auf kommunaler und nationaler Ebene;

im Hinblick auf Arbeitsmärkte und Soziales

29. gemäß den politischen Empfehlungen des Abschlussberichts der Arbeitsgruppe für Arbeitsmarkt und soziale Wohlfahrt der Ostseeparlamentarierkonferenz mithilfe

systematischer und koordinierter Maßnahmen die Hindernisse festzustellen, die der Entwicklung grenzüberschreitender Arbeitsmärkte und der Mobilität entgegenstehen, und diese Hindernisse mithilfe praktischer Maßnahmen abzubauen bzw. zu vermeiden;

30. Arbeitsmarkt- und Sozialfragen als vorrangige Aufgabe in der Agenda des Ostseerates zu verankern und dabei die Arbeit und Ergebnisse des Baltic Sea Labour Network (BSLN) zu berücksichtigen;

31. die vorhandenen Informationszentren in der Ostseeregion zu stärken und neue Zentren an Standorten zu gründen, an denen die Zahl der Grenzpendler wächst, aber solche Zentren fehlen; die Informationszentren sollten über die Kapazitäten, die für die Bereitstellung umfassender und offizieller Informationen über soziale Sicherheit und arbeits- und steuerrechtliche Fragen in allen diesseits und jenseits der Grenze gesprochenen Sprachen, gegebenenfalls auch in Minderheitensprachen, erforderlich sind, sowie über ein entsprechendes Mandat verfügen;

32. den regelmäßigen Dialog zwischen Verbänden, die sich für grenzüberschreitende Arbeitnehmer einsetzen, Gewerkschaften, Arbeitgebern und Politikern zu fördern und die Zusammenarbeit in Bezug auf grenzüberschreitende Arbeitsmärkte durch die Einrichtung von Beratungsgremien für Grenzregionen und die Entwicklung von Netzwerken zu verstärken; darüber hinaus sollte ein Erfahrungsaustausch über die Arbeit der Informationszentren in der gesamten Ostseeregion organisiert werden;

33. die Verkehrs- und Logistikkapazitäten in Grenzregionen - vor allem im Hinblick auf den öffentlichen Nahverkehr - zu erhöhen, um grenzüberschreitendes Pendeln und wirtschaftliches Wachstum zu fördern; die in diesem Zusammenhang getroffenen Maßnahmen sollten mit den übergeordneten Zielen der Partnerschaft der Nördlichen Dimension für Transport und Logistik vereinbar sein;

34. konzertierte Maßnahmen im Hinblick auf den Austausch und die Umsetzung bewährter Verfahren für die Ausbildung und Beschäftigung junger Menschen in der Ostseeregion einzuleiten, darunter Kooperationsprogramme zwischen Schulen, Sozialpartnern, Behörden und der Zivilgesellschaft, und dabei besonderes Augenmerk auf benachteiligte Gruppen zu richten;

35. damit zu beginnen, Schülerinnen und Schülern zwei Jahre vor ihrem Abschluss an einer weiterführenden Schule einen Einblick in die Arbeitswelt zu verschaffen, Vereinbarungen zwischen Regierungen und den Sozialpartnern anzuregen, um für die Schaffung einer ausreichenden Zahl von Ausbildungsplätzen zu sorgen, und zu gewährleisten, dass die Arbeitsvermittlungsbehörden bei Jugendarbeitslosigkeit Integrationspläne sowie spätestens nach dreimonatiger Arbeitslosigkeit Weiterbildungsmaßnahmen, die Möglichkeit des Erwerbs von Zusatzqualifikationen oder Ausbildungs- bzw. Arbeitsplätze anbieten;

Darüber hinaus

36. bekräftigt die Konferenz ihre Unterstützung des Ostseerates im Hinblick auf seine Wandlung zu einer strafferen und zielgerichteteren Organisation und die Umsetzung der politischen und operativen Prioritäten des Ostseerates und sieht daher der weiteren Zusammenarbeit mit dem Ostseerat mit großem Interesse entgegen;

37. stimmt die Konferenz zu, dass - in Bezug auf den Zeitraum 2009-2010 - der Erweiterte Ständige Ausschuss zweimal jährlich und der Ständige Ausschuss zweimal jährlich zusammentreten sollten, wobei der Ständige Ausschuss Beobachtern aus nationalen und regionalen Parlamenten, die nicht im Ständigen Ausschuss vertreten sind, offen stehen sollte;

38. fordert die Konferenz den Ständigen Ausschuss auf, eine Arbeitsgruppe für die integrierte Meerespolitik, die sich vor allem mit den Themen Infrastruktur und Logistik befasst, und eine Arbeitsgruppe für die zivile Sicherheit, die sich vor allem mit dem Menschenhandel befasst, einzurichten und der 20. Ostseeparlamentarierkonferenz entsprechende Berichte vorzulegen;
41. verabschiedet die Konferenz die geänderte Geschäftsordnung, die nach Abschluss der 18. Ostseeparlamentarierkonferenz in Kraft tritt;
42. nimmt die Konferenz mit Dank die freundliche Einladung der Åland-Inseln zur Ausrichtung der 19. Ostseeparlamentarierkonferenz vom 29. bis 31. August 2010 in Mariehamn zur Kenntnis.

* die Parlamente der Freien und Hansestadt Bremen, Dänemarks, Estlands, Finnlands, der Bundesrepublik Deutschland, der Freien und Hansestadt Hamburg, Lettlands, Litauens, Mecklenburg-Vorpommerns, Norwegens, Polens, des Föderationsrats der Bundesversammlung der Russischen Föderation, der Staatsduma der Bundesversammlung der Russischen Föderation, der Stadt St. Petersburg, Schleswig-Holsteins, Schwedens, der Åland-Inseln, der Baltischen Versammlung und des Nordischen Rates.